

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Das deutsche Verhandlungsangebot

Die deutsche Note ist den Alliierten und den Vereinigten Staaten übergeben worden. Eine Möglichkeit, aus dem entsetzlichen Kriegszustand zu einem endgültigen Frieden zu gelangen, bietet sich. Wird die Gelegenheit benützt, wird der Ausweg beschritten werden, kommt es zu Verhandlungen?

Das deutsche Angebot bietet für diese Verhandlungen weiten Raum. Die Regierung schlägt als Gesamtverpflichtung aus dem Friedensvertrag die Summe von 30 Goldmilliarden vor. Dies ist die Summe, die nach Meinung der Regierung die Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit darstellt. Es handelt sich aber um keine starre Ziffer. Ist die andere Seite der Meinung, daß Deutschland mehr zu leisten imstande sei, so schlägt die Regierung vor, das gesamte Reparationsproblem entsprechend der Anregung des Staatssekretärs Hughes einer von jeder politischen Einwirkung unabhängigen internationalen Kommission zu unterbreiten.

Deutschland bietet damit aber eine Minimumsumme an, die es unter allen Umständen ausbringen will, und jetzt zugleich einen Weg, um den Streit zu schlichten, der über die Höhe der Summe entstehen wird. Sicherlich widerstrebt Frankreich einer schiedsgerichtlichen Entscheidung; aber wäre es zu rechtfertigen, an dieser Frage die Möglichkeit des Friedensschlusses scheitern zu lassen, der für alle Beteiligten viel fruchtbarer und nutzbringender sein wird als ein paar Milliarden? Und werden erst Verhandlungen geführt mit dem Wunsch, zu einem Resultat zu gelangen, dann kann sich noch immer ein Weg finden, um über die Summe zu einer Vereinbarung im gegenseitigen Einvernehmen zu gelangen, das ein Schiedsgericht unnötig macht.

Schiedsgerichtliche Entscheidung ist auch vorgesehen über die Art, wie die Summe von 30 Milliarden ausgebracht werden soll. Die Zahlung soll durch Aufnahme internationaler Anleihen erfolgen. Die ersten 20 Milliarden werden sofort zur Zeichnung aufgelegt. Die Zinsen für die ersten vier Jahre werden aus der Anleihe summe zurückgehalten. Das bedeutet für Deutschland ein vierjähriges Moratorium, eine Befreiung von Barzahlungen, wie sie auch in dem gleichen Vorschlag auf der Pariser Konferenz vorgesehen war. Nach vier Jahren tritt der Verzinsung mit 5 Proz. und die Tilgung mit 1 Proz. auch für den Teil ein, der bis dahin nicht durch Anleihen hat ausgebracht werden können. Am 1. Juli 1929 sind dann weitere 5 Milliarden und am 1. Juli 1931 die restlichen Milliarden durch Ausgabe von Anleihen aufzubringen. Sollte dies sich als unmöglich erweisen, so soll eine unparteiliche internationale Kommission darüber entscheiden, ob, wann und wie der ungedeckte Rest aufzubringen ist, ebenso darüber, ob, wann und wie die Zinsen, die für die Zeit vom 1. Juli 1923 ab nicht vorgesehen sind, nachträglich aufzubringen sind.

Diese Bestimmung ist wichtig. Zurückgehalten werden zunächst in den ersten vier Jahren die Zinsen für 20 Milliarden. Legt man 6 Proz. zugrunde, so werden viertel 1,2 Milliarden, also 4,8 Milliarden Goldmark zurückgehalten.

Ebenso werden während der ersten 6 Jahre die 5 Milliarden der zweiten Rate und während der ersten 8 Jahre die 5 Milliarden der dritten Rate nicht verzinst, was 1,8 und 2,4 Milliarden Goldmark ausmacht. Würde die internationale Kommission entscheiden, daß die genannten Zinsen nachzubringen sind, so würden nach 1931 noch insgesamt 9 Milliarden Goldmark (4,8 + 1,8 + 2,4) aufzubringen sein. Die Gesamtsumme würde sich dann auf 39 Milliarden erhöhen.

Deutschland verpflichtet sich ferner zu **Sachleistungen** gegen Anrechnung auf seine Schuld, über deren Ausmaß die Verhandlungen entscheiden sollen.

Bedeutsam ist der Abschnitt über die **Garantien**. Die Regierung erklärt sich bereit, spezielle Garantien zu stellen. Da aber der gesamte Besitz und alle Einnahmen Deutschlands nach dem Versailler Vertrag bereits verpfändet seien, lasse sich nur durch Verhandlungen mit dem Anleihekonfession und der Reparationskommission feststellen, wie diese Haftung konkret zu gestalten und welche Garantien im einzelnen zu geben seien. Nun ist es gewiß richtig, daß dies formell dem Versailler Vertrag entspricht. Nur hätten wir es für viel wirksamer gehalten, wenn die Regierung selbst bereits bestimmte Vorschläge gemacht hätte. Gewiß wird die Regierung sich nicht weigern, die Garantien zu geben, die ein internationales Anleihekonfession vorlangt. Denn dies wird ja keine politischen Pfänder fordern, sondern finanzielle Garantien, also bestimmte Einnahmequellen. Und da wir leisten wollen, da wir erwarten, daß unsere Verpflichtungen sich innerhalb unserer Leistungsfähigkeit bewegen, können wir dem internationalen Gläubigerkonfession unbedenklich alle erforderlichen Pfänder zur Verfügung stellen. Aber gerade deshalb hätte die Regierung solche nennen sollen, wie z. B. die Zolleinnahmen oder die Eisenbahneinnahmen. Dies hätte die Wirkung der wichtigen Erklärung über die Garantie der deutschen Wirtschaft gesteigert. Hier ist endlich ein Schritt vorwärts getan worden. Die Regierung erklärt sich bereit nach Maßgabe der noch zu treffenden Vereinbarungen durch geeignete Maßnahmen, auch auf gesetzlichem Wege, dafür zu sorgen, daß die gesamte deutsche Wirtschaft zur Sicherung des Anleihebedarfs herangezogen

wird. Damit ist einer Forderung, die immer wieder von uns erhoben wurde, Rechnung getragen: der Sachwertbesitz muß für die Erfüllung der Reparationsleistungen bürgen. Damit ist zugleich für die Verhandlungen über die Garantieforderungen eine erweiterte Grundlage gewonnen. Neben der Ausgestaltung jener Garantien, die durch die Reicheinnahmen und das Reichvermögen gegeben sind, kommt die Haftung der Landwirtschaft, der Industrie, des Handels und der Banken hinzu. So ist die Möglichkeit vorhanden, die politischen Pfänder Roincarés, die sich als sehr unproduktiv erwiesen haben, durch wirklich produktive Pfänder und Sicherheiten zu ersetzen.

Dazu kommt schließlich noch eine spezielle Sicherung der Sachlieferungen durch langfristige Privatverträge, die unter Schutz von Konventionstrafen gestellt werden.

Durch langfristige Verträge über den Austausch von lebenswichtigen Waren, insbesondere auch über Lieferung von Kohle und Koks außerhalb der zu vereinbarenden Reparationslieferungen, soll eine wirtschaftliche Annäherung und die Wiederherstellung gemeinsamer wirtschaftlicher Arbeit, vornehmlich mit Frankreich, bewirkt werden.

Diesem Interesse friedlicher Zusammenarbeit Deutschlands und Frankreichs sollen auch politische Vereinbarungen dienen. Die deutsche Regierung erinnert an ihre Anregung zum Abschluß eines Rheinpakts — wir hätten gewünscht, daß ein solcher in konkreter Form nochmals vorgeschlagen worden wäre — und erklärt sich zu jeder friedenssichernden Vereinbarung bereit, die auf Gegenseitigkeit beruht. Insbesondere ist sie zu einer Vereinbarung bereit, die Deutschland und Frankreich verpflichtet, alle Streitigkeiten, die nicht auf diplomatischem Weg ausgetragen werden können, in einem friedlichen internationalen Verfahren zu behandeln, und zwar Streitigkeiten rechtlicher Art in einem schiedsgerichtlichen Verfahren, alle übrigen in einem Vergleichsverfahren nach dem Muster der Bragança-Verträge.

Die Note verweist auf die Notwendigkeit der Stabilisierung der Mark und der Herstellung des Budgetgleichgewichts. Die Stabilisierung werde das Balutadumping beseitigen. Damit entfallende aber auch die Berechtigung der dagegen getroffenen Maßnahmen. Deutschland dürfe die wirtschaftliche Gleichberechtigung nicht verfallen lassen, es müsse von den unproduktiven Lasten, von den politischen und wirtschaftlichen Fesseln befreit werden.

Das ist die Grundlage, die die deutsche Regierung für die Verhandlungen vorschlägt. Ausgangspunkt der Verhandlungen müsse sein, innerhalb kürzester Frist den status quo ante wiederherzustellen, die über den Vertrag von Versailles hinaus besetzten Gebiete zu räumen, in den Rhein-

landen vertragsmäßige Zustände wiederherzustellen, die verhafteten Deutschen freizulassen und den Ausgewiesenen ihre Wohnstätten und Ämter zurückzugeben. Nach unserer Auffassung kann das nicht bedeuten, daß mit den Verhandlungen erst begonnen werden soll, wenn die Räumung vollzogen ist. Dies würde den wiederholt abgegebenen Erklärungen der deutschen Regierung widersprechen. Ueber die Forderung, daß die Wiederherstellung des Zustandes vor dem 11. Januar das unerläßliche Ziel der Verhandlungen sein muß, besteht im ganzen deutschen Volk Uebereinstimmung. Ohne eine solche ist ja auch die Wiederherstellung der deutschen Kredit- und Leistungsfähigkeit undenkbar.

Es muß in diesem Zusammenhang auch daran erinnert werden, daß Curzon in jener Rede, durch die der gegenwärtige deutsche Vorschlag ausgelöst wurde, die Klugheit der deutschen Regierung hervorgehoben hat, die auf die Forderung der Räumung vor Verhandlungsbeginn verzichte. Die Auslegung erscheint uns als vollkommen unzulässig, daß die deutsche Regierung den britischen Außenminister dahin belehren wolle, ein solcher Verzicht sei keineswegs erfolgt. Denn dann wäre ja die Note als eine negative Antwort auf Curzons Rede zu betrachten, während sie ja nach dem Willen der Regierung selbst eine positive darstellen soll.

Die deutsche Sozialdemokratie, besorgt um die schnelle Lösung des verderblichen Konflikts, hat schon seit längerer Zeit den Wunsch vertreten, daß der Weg der Verhandlungen sobald wie möglich durch ein deutsches Angebot eröffnet werde.

Schwer freilich hat die französische Politik, die fortgesetzt verschärfte Gewalt im Rheinland und an der Ruhr verübt, jede Einleitung von Verhandlungen gemacht. Mißfällig tobt der Chor der nationalistischen und der Regierungsprelle in Paris und sucht von vornherein jeden deutschen Verhandlungsversuch zu vereiteln. Sicher hätte eben darum die Note der Regierung in mancher Wendung glücklicher gefaßt, in manchen Angaben präziser sein, anderes wieder dem Gang der Verhandlungen selbst überlassen können. Aber das ist nicht das Wesentliche, und die Regierung selbst weist auf die Elastizität ihrer Vorschläge hin, damit schon andeutend, daß in den Verhandlungen selbst vieles wird ausgefüllt werden können. Das Wesentliche ist der Wille aller, endlich dem Unheil, dem Unheil aller, Einhalt zu tun. Und juristisch würde jeder sich an dem Geschick der Völker vergreifen, der sich unterjänge, die Möglichkeit, endlich Frieden zu machen und das Wirtschaftsleben wiederherzustellen, zu vereiteln. Die Gegner mögen an der Note der deutschen Regierung jede Kritik üben. Dann sind die Verhandlungen dazu da, bessere Grundlagen für eine Lösung zu schaffen. Aber der Weg zu den Verhandlungen ist offen, er darf nicht wieder verschüttet werden!

Der Wortlaut der deutschen Note.

Die deutsche Note an die alliierten Regierungen hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Regierung hat von jeher den Standpunkt vertreten und sieht sich durch die gegenwärtige internationale Diskussion veranlaßt, von neuem zu betonen, daß Fragen, von deren Regelung der auch von Deutschland gewünschte Wiederaufbau der zerstörten Gebiete und darüber hinaus die wirtschaftliche Befundung und der Friede Europas abhängen,

nur auf dem Wege gegenseitiger Verständigung

gelöst werden können. Die im Widerspruch hiermit erfolgte Besetzung des Ruhrgebiets hat die Bevölkerung mit passivem Widerstand beantwortet. Die deutsche Regierung teilt den Wunsch aller Besonnenen, daß die täglich sich verschärfende Spannung gelöst und der nutzlosen Zerstörung wirtschaftlicher Werte Einhalt getan werde. Sie hat sich daher entschlossen, nachmals einen Versuch in dieser Richtung zu machen, ohne damit ihren Rechtsstandpunkt zu verlassen oder den passiven Widerstand aufzugeben, der fortgesetzt werden wird, bis die Räumung der über den Vertrag von Versailles hinaus besetzten Gebiete und die Wiederherstellung vertragsmäßiger Zustände in den Rheinländern erreicht sind.

Trotz der Ereignisse der letzten Monate hat Deutschland an seiner Bereitwilligkeit festgehalten, für Zwecke der Reparationen, namentlich für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, zu leisten, was immer in seiner Kraft steht. Jeder Versuch, diese Bereitwilligkeit in die Form praktischer Vorschläge zu kleiden, wird jedoch dadurch erschwert, daß es bei der Verfassung der deutschen Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse nicht möglich ist, die Leistungsfähigkeit Deutschlands in festen endgültigen Ziffern abzuschätzen. Daher muß jede Lösung einen elastischen Faktor enthalten, der der gegenwärtigen Unmöglichkeit einer sicheren Abschätzung Rechnung trägt.

Ferner ist zu beachten, daß Deutschland, da ihm Ueberschüsse einer produktiven Wirtschaft fehlen, für die nächste Zeit größere Kapitalbeträge aus eigenen Mitteln nicht aufzubringen vermag und deswegen hierfür auswärtiger Anleihen bedarf, deren Aufnahme die Wiederherstellung des deutschen Kredit zur Voraussetzung hat.

Von diesen Erwägungen ausgehend und im Einklang mit den Grundgedanken des für die Pariser Januar-Konferenz von ihr bereitgestellten Planes faßt die deutsche Regierung ihre

Vorschläge zum Reparationsproblem

und den damit verbundenen politischen Fragen wie folgt zusammen:

Die Gesamtverpflichtung Deutschlands zu finanziellen und Sachleistungen aus dem Vertrag von Versailles wird auf dreißig Milliarden Goldmark festgesetzt, die mit zwanzig Milliarden bis zum 1. Juli 1927, mit fünf Milliarden bis zum 1. Juli 1929 und mit fünf Milliarden bis zum 1. Juli 1931 durch Ausgabe von Anleihen zu normalen Bedingungen auf den internationalen Geldmärkten aufzubringen sind.

1. Die ersten zwanzig Milliarden Goldmark werden sofort zur Zeichnung aufgelegt. Die Anleihezinsen bis zum 1. Juli 1927 werden aus dem Anleiheerlös entnommen und in einem von der Reparationskommission zu beaufsichtigenden Fonds abgezinst. Soweit die zwanzig Milliarden Goldmark bis zum 1. Juli 1927 nicht durch Anleihen ausgebracht werden können, sind sie von diesem Zeitpunkt ab mit 5 Proz. zu verzinsen und mit 1 Proz. zu tilgen.

2. Falls die beiden Beträge von je fünf Milliarden Goldmark bis zu den dafür vorgesehenen Terminen im Anleihewege zu normalen Bedingungen nicht voll aufzubringen sind, soll eine unparteiliche internationale Kommission darüber entscheiden, ob, wann und wie der nicht gedeckte Rest aufzubringen ist. Die gleiche Kommission soll im Juli 1931 auch darüber entscheiden, ob, wann und wie für die Zeit vom 1. Juli 1923 ab die zunächst nicht vorgesehenen Zinsen nachträglich aufzubringen sind. Als unparteiliche internationale Kommission soll gelten entweder das Anleihekonfession, das die ersten zwanzig Milliarden Goldmark begeben hat, oder ein dem Vorschlage des Staatssekretärs Hughes entsprechendes Komitee von internationalen Geschäftselementen, in dem Deutschland gleichberechtigt vertreten ist, oder ein Schiedsgericht, bestehend aus je einem Vertreter der Reparationskommission und der deutschen Regierung sowie einem Obmann, um dessen Ernennung, falls sich die beiden

anderen Mitglieder über seine Person nicht einigen, der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika gebeten werden soll.

3. Deutschland wird in Anrechnung auf seine Schuld nach den Bestimmungen der bestehenden Verträge Sachleistungen ausführen, über deren Ausmaß nähere Vereinbarungen vorbehalten bleiben.

Die deutsche Regierung ist überzeugt, daß sie mit diesem Vorschlag bis an die äußerste Grenze

dessen gegangen ist, was Deutschland bei Anspannung aller Kräfte zu leisten vermag; sie hat nach der durch die Ruhrbesetzung verursachten weiteren schweren Störung und Schwächung der deutschen Wirtschaft ernste Zweifel, ob nicht der Vorschlag die Leistungsfähigkeit Deutschlands übersteigt. Die deutsche Regierung ist ferner davon überzeugt, daß kein unbefangener, der die Schwächung der Produktionsbasis Deutschlands und die Verringerung seiner Vermögenssubstanz durch die bereits bewirkten großen Leistungen berücksichtigt, bei objektiver Beurteilung zu höheren Schätzungen gelangen kann.

Sollte diese Auffassung von der anderen Seite nicht geteilt werden, so schlägt die deutsche Regierung vor, entsprechend der Anrechnung des Staatssekretärs Hughes das gesamte Reparationsproblem einer von jeder politischen Einwirkung unabhängigen internationalen Kommission zu unterbreiten.

Die deutsche Regierung ist bereit, für die von ihr angebotenen Leistungen

Spezielle Garantien

zu bestellen. Der gesamte Besitz und alle Einnahmequellen des Deutschen Reichs und der deutschen Länder sind bereits nach dem Vertrage von Versailles verpfändet. Nur im Wege der Verhandlung mit dem internationalen Anleihekonsortium und der Reparationskommission läßt sich feststellen, wie für den Anleihebedienst diese Haftung korrekter zu gestalten ist und welche Garantien im einzelnen zu bestellen sind. Außerdem ist die deutsche Regierung bereit, nach Maßgabe der noch zu treffenden Vereinbarungen durch geeignete Maßnahmen, auch auf gesetzlichem Wege, dafür zu sorgen, daß

die gesamte deutsche Wirtschaft zur Sicherung des Anleihebedienstes herangezogen

wird. Die Sachlieferungen sollen durch langfristige Privatverträge unter Ausbedingung von Vertragsstrafen gesichert werden.

Die Durchführung der Deutschland obliegenden Verpflichtungen ist abhängig von der Stabilisierung der deutschen Währung. Kann in Verbindung mit der Regelung des Reparationsproblems die deutsche Währung planmäßig und auf die Dauer stabilisiert werden, so werden gleichzeitig die Beschwerden der anderen Industrieländer über einen ungesunden deutschen Wettbewerb verschwinden. Nach der Stabilisierung wird es auch möglich sein, im Reichshaushalt die Ordnung zu schaffen, deren Deutschland und seine Gläubiger bedürfen.

Zur Verwirklichung dieses Programms ist es, auch im Interesse der Anleihegläubiger, notwendig, daß die gewaltsame Ergreifung von Pfändern und die Anwendung von Sanktionen künftig unterbleiben und daß Deutschland von den jetzt noch auf ihm lastenden unproduktiven Ausgaben und von den politischen und wirtschaftlichen Fesseln befreit wird. Dazu gehört, daß die Einheit der Verwaltung für das Gesamtgebiet Deutschlands wieder hergestellt, von der im Vertrag von Versailles vorgesehenen Möglichkeit, Deutschland die wirtschaftliche Gleichberechtigung zu verweigern, kein Gebrauch mehr gemacht und nach Stabilisierung der Mark die Einfuhr deutscher Waren nicht mehr den Beschränkungen unterworfen wird, die durch den Niedergang der deutschen Währung veranlaßt waren.

Um dem Frieden Europas in gemeinsamer wirtschaftlicher Arbeit zu dienen und um die natürlichen wirtschaftlichen Zusammenhänge zwischen Erzeugung und Verbrauch herzustellen, soll in privatrechtlichen Verträgen die Grundlage für den gesicherten Austausch von lebenswichtigen Waren zwischen den beteiligten Ländern geschaffen werden. Dazu gehört insbesondere der

Abschluß langfristiger privatrechtlicher Verträge über die Lieferung von Kohle und Holz.

Im gleichen Interesse friedlicher Zusammenarbeit Deutschlands und Frankreichs ist die deutsche Regierung, wie sie auch mit ihrer Anregung zum Abschluß eines Rheinpaktes bezeugen wollte, zu jeder friedenssichernden Vereinbarung bereit, die auf Gegenseitigkeit beruht. Insbesondere ist sie zu einer Vereinbarung bereit, die Deutschland und Frankreich verpflichtete, alle zwischen ihnen entstehenden Streitfragen, die nicht auf diplomatischem Wege geschlichtet werden können, in einem friedlichen internationalen Verfahren zu behandeln, und zwar Streitigkeiten rechtlicher Art in einem schiedsgerichtlichen Verfahren, alle übrigen Streitigkeiten in einem Vergleichsverfahren nach dem Muster der Bryan'schen Verträge.

Die deutsche Regierung schlägt vor, auf der Grundlage der vorstehenden Ausführungen in Verhandlungen einzutreten. Ausgangspunkt der Verhandlungen muß sein, daß innerhalb kürzester Frist der Status quo ante wieder herzustellen

ist. Dazu gehört, daß die über den Vertrag von Versailles hinaus besetzten Gebiete geräumt, in den Rheinlanden vertragsmäßige Zustände wiederhergestellt, die verhafteten Deutschen in Freiheit gesetzt und den Ausgewiesenen ihre Wohnstätten und Aemter zurückgegeben werden.

Die deutsche Regierung richtet diese Note an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, die Königlich belgische Regierung, die französische Regierung, die Königlich großbritannische Regierung und die Kaiserlich japanische Regierung.

Abschriften dieser Note haben weiter alle Signatarmächte des Versailler Vertrags, der heilige Stuhl und sämtliche Neutrale erhalten.

Der Eindruck im Ausland.

Da am gestrigen Tage der ungefähre Inhalt des deutschen Angebotes bereits auf verschiedenen Umwegen in Paris bekannt geworden ist, nimmt die heutige Pariser Morgenpresse dazu Stellung. Es liegen bisher nur regierungsfreundliche Blätterstimmen vor, die sämtlich schroff ablehnend sind. „Leit Parisien“ sagt: „Nicht einmal Ausgangspunkt für Unterhandlungen.“ Ähnlich äußert sich das „Echo de Paris“.

Tags zuvor hatte allerdings Herold, der in der „Victoire“ meist die Ansichten Millerands widerspiegelt, einen etwas abweichenden Standpunkt gegenüber der Ziffer von 30 Milliarden eingenommen, indem er sich bemühte, nachzuweisen, daß der Unterschied zwischen einem solchen Angebot und dem Londoner Zahlungsplan eigentlich nicht sehr wesentlich sei.

Die englische Presse dagegen beurteilt das ihr bisher noch nicht bekannte deutsche Angebot viel ruhiger und sympathischer, wenn auch ziemlich pessimistisch, da, wie die „Daily News“ erklären, es sicher sei, daß Frankreich das deutsche Angebot ablehnen werde, wie immer es auch sei. „Westminster Gazette“ begrüßt es, daß Deutschland überhaupt ein Angebot mache und auch die „Times“ erklären, daß man in englischen Finanzkreisen dem Vorschlag einer internationalen Kommission zur Prüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands und der Methoden der Begleichung sympathisch gegenüberstehe.

Die bisherigen französisch-belgischen Verhandlungen zur Ausarbeitung gemeinsamer Reparationsforderungen sind nach einer Konferenz zwischen Poincaré und Barthou abgebrochen worden. „Journal“ begründet diesen Beschluß damit, daß man nach der sicheren Ablehnung des deutschen Angebotes sich nicht dem aussetzen wolle, daß Deutschland die Alliierten frage, was sie denn eigentlich verlangen. Während „Journal“ diese Latitü begrüßt, nimmt „Ouvrier“ scharf gegen diese rein negative Politik Stellung.

Hauffestimmung.

Die Börse blieb heute für den Effektenverkehr geschlossen. Am Devisenmarkt zeigte sich die Wirkung der Bekanntgabe der deutschen Note in einer lebhaften Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln. Die Umsätze waren recht bedeutend. Der Dollar stellte sich gegen Mittag auf 31750.— M. Sehr gesucht waren auch Polennoten, die mit 66% gehandelt wurden. Mit der Erhöhung der Bergarbeiterlöhne fand sich die Börse rasch ab, da verlautet, daß eine Steigerung der

Kohlenpreise vorläufig nicht zu erwarten sei. Seit Montag sind bei den hiesigen Banken sehr große Kaufaufträge für Effekten aller Art eingelaufen, so daß man für morgen eine lebhafte Börse erwartet. Besonders gesucht sind Montanaktien, Schiffahrts-, chemische und Elektrowerte. Bezeichnend ist die Tatsache, daß neuerdings auch die im Kurse niedrigeren Papiere sehr gesucht sind. Das läßt darauf schließen, daß die Spielwut wieder sehr weite Kreise ergriffen hat.

Versuch der Befreiung Koffbachs.

Die Abteilung Ia des Polizeipräsidiums teilt amtlich mit: Der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums war bekannt geworden, daß einige völkische junge Leute die Ausführung eines Gewaltaktes planten, der die Befreiung Koffbachs zum Ziele hatte. Die hierauf einsehenden Maßnahmen der Berliner politischen Polizei ergaben, daß die Betreffenden einem Personenkreise angehören, der sich am Sonntag, den 29. April, morgens am Bahnhof Jendrichs-Mitte ein Steißlein gegeben hatte. Dieser Kreis, aus 15 Personen bestehend, wurde festgenommen und dem Berliner Polizeipräsidium zugeführt.

Im Laufe des Sonntags erfolgte dann noch die Festnahme weiterer sechs Personen. Auch wurden Hausdurchsuchungen bei allen Festgenommenen abgehalten. Das bei den Festgenommenen vorgefundene Material in Verbindung mit ihren Aussagen erwies, daß es sich um Angehörige der in Steglitz tagenden „Tischgenossenschaft Brangel“ handelt, die ihrerseits als eine Fortsetzung der früheren Dringruppe Steglitz der aufgelösten Deutschvölkischen Freiheitspartei anzusehen ist. Da der Befreiungsplan Koffbachs bisher noch nicht bis zum strafrechtlichen Versuch gediehen ist, kommt ein Strafverfahren wegen des Gewaltplanes nicht in Frage. Die Mitglieder der Tischgenossenschaft Brangel werden sich daher lediglich wegen des Verstoßes gegen § 19 Absatz 2 des Republikstrafgesetzes (Beteiligung an einer aufgelösten Vereinigung) strafrechtlich zu verantworten haben. Die aus Anlaß dieser Vorgänge aufgetauchte Vermutung, daß die Festgenommenen ein Attentat auf den Minister Generalring geplant hätten, hat sich durch die polizeilichen Feststellungen als gegenstandslos erwiesen. Nach völliger Klarstellung des Sachverhaltes sind die Festgenommenen aus der Haft entlassen worden.

Krupp von Bohlen-Halbach verhaftet.

Essen, 1. Mai. (TL.) Herr Krupp von Bohlen-Halbach ist heute von der französischen Besatzungsbehörde verhaftet worden. Hierzu erzählt die TL. folgende Einzelheiten: Nachdem Herr Krupp von Bohlen bereits zweimal vernommen worden war, hatte er in den letzten Tagen zum dritten Male eine Vorladung erhalten, die ihn in Berlin erreichte, wo er gerade zu wichtigen Besprechungen anwesend war. Er brach seinen Aufenthalt in Berlin sofort ab und fuhr nach Essen zurück. Während die bisherige Verbotsmaßnahme sich über mehrere Stunden erstreckte, wurde diesmal das Verbot noch kurzer Zeit unterbrochen und Herrn Krupp mitgeteilt, daß er verhaftet sei. Gründe für diese Verhaftung wurden nicht angegeben.

Paris, 2. Mai. (TL.) Wie der „Petit Parisien“ mitteilt, wird Herr Krupp und seinen Mitangeklagten zur Haft gelegt:

1. Ueberschreiten der Verordnung vom 7. März, die Strafen für alle diejenigen vorsieht, die Attentate gegen die Besatzungstruppen unterstützen.

2. Ueberschreiten der Verfügungen vom 11. Januar, kraft deren eine Geldstrafe von 10 Millionen Mark oder Haft bis zu fünf Jahren über Störer der öffentlichen Ruhe und Ordnung verhängt werden kann.

Der Gerichtshof steht unter dem Vorsitz des französischen Oberstenmajors Perronot, der Regierungsoberreiter und Ankläger ist Hauptmann Duvert. Die Verhandlungen, die am morgigen 3. Mai morgens um 9 Uhr beginnen, werden noch am selben Tage zu Ende geführt werden.

Hölein soll mit Cachtin und den übrigen wegen Komplotts gegen die Sicherheit des Staates angeklagten französischen Kommunisten vor den Staatsgerichtshof, also den Senat, kommen. Die Frage einer etwaigen Freilassung wird erst nach der Rückkehr des Senatspräsidenten Doumergue entschieden werden.

Das Lächeln der Welt.

Von Omega.

Gesicht es läme (dank einer trefflichen Kellame) auf dem Mars einen lieben Bester der Einfall, eine Berliner illustrierte Zeitung zu abonnieren, was erfahre er da von der Erde?

Daß sie der amüsanteste Planet ist, der je um eine Sonne kreisen durfte:

In die illustrierte Zeitung gelangt nur Weltgeschichte in geliebtem Zustande. Die Ereignisse laufen durch einen Heterotopiefilter in ihre Spalten, trübe Erdenreste fängt ein Sieb auf und hält sie zurück.

Es leben — orientiert man sich aus der illustrierten Zeitung über die irdischen Zustände — lauter Bühnenstars, Operettenjäger, Spleenpänger, berühmte Gelehrte, Goldhähnen und Dichter auf diesem Stern.

Raffinierte Erfinder sinnen tagaus, nachteil über die technische Bollendung des Luxus und die Herjällung reizender Novitäten.

Die Könige regieren mit weiser Hilfe ihre Völker und schenken ihnen Memoiren, wenn sie zufällig entthront werden.

Prinzen feiern Hochzeit mit Prinzessinnen, und die Frauen aller Länder schwimmen in Freudentänen. Und sogar der Krieg nimmt sich aus wie ein Generalfest mit Kotikomovertellung.

Naumörder mit Seltenheitswert stehen da mit lächelnden Starphosphognomen. Der Nordpolfest tiefdunkler Hintergrund ist mit leisem Sensationsdickel nachgezeichnet. Der Staatsanwalt stiert mit der bespachbaren Al-Dogoneer flotten Rafensfüßeln. Hurlig im Bilde saßulogen locker gehalten des berühmten Rechtsanwalts Plädoyer in der huschenden Robe.

Revolutionen haben den Stil konfessüberfater Volksfeste. Erdbeben werden veranschaulicht durch purzelbaumschlagende Häuser. Zugzusammenstöße ereignen sich, wenn zwei Züge aneinandergeraten und mit einem entschuldigendem Bardon sich wieder lösen.

Ein Wyl für Obdachlose in der illustrierten Zeitung sieht aus wie ein Klub launig verkleideter Millionäre.

Der Hunger ist aus der Perspektive des Wohltätigkeitskomitees nachempfunden, und die Kälte aus der Erinnerung Keiher an einen Besuch bei ungeheizten Verwandten.

Invalide Bettler simulieren Gebreist und Armut eigens für den Woiingraphen der allezeit igen illustrierten Zeitung.

Die Welt ist ein Illustrationsobjekt. Das Jahr zählt zweifundfünfzig Nummern, ein Faschings-Doppelheft mit eingerechnet.

Der liebe Bester auf dem Mars wundert sich nur über die humoristische Cae, die in knappe zwanzig Zeilen den ganzen Jammer des Planeten faßt.

Namens-Änderungen. Eine summarische Uebersprüfung von rund 50000 Namensänderungen, die in Preußen in der Zeit nach 1812 bis einschließlich 1922 genehmigt worden sind, an der Hand der darüber geführten Listen ergibt, daß als Haupt-

gründe solcher Änderungen Umstände familienrechtlicher Art in Betracht gekommen sind: Verleihung des Namens des Erzeugers bei unehelichen Kindern, Gewährung des Namens der Pflegeeltern an ihre Pflegekinder, Änderung des Namens der Frau nach Scheidung der Ehe und dergleichen mehr. Es kann angenommen werden, daß rund zwei Drittel aller Fälle Namensänderungen solcher Art zum Gegenstande gehabt haben. Es folgen dann der Zahl nach die Veränderungen ausländischer Namen, die etwa ein Fünftel aller Fälle von Namensänderungen ausmachen. Die Änderungen von Namen, die anstößig sind, zu Spott Anlaß geben oder sonst aus beachtlichen Gründen von ihren Trägern als unangenehm empfunden werden, betragen etwa ein Zehntel aller Fälle. Den Rest bildeten hauptsächlich die Verleihung von Hofnamen in denjenigen Landesteilen mit geschlossenen bäuerlichen Grundbesitz, in denen nach althergebrachter Sitte der Eigentümer den Namen des Hofes führt und demgemäß die Führung des Hofnamens, falls ein Träger eines anderen Namens durch Einheirat oder Erbfolge auf den Hof gelangt, diesem gestattet wird. — Bei Verdeutschung ausländischer Namen ist ferner im weiten Umfange der Antropometrie die Annahme eines frei vor ihnen gewählten deutschen Namens gestattet worden. Seit einigen Jahren wird aber Wert darauf gelegt, daß die Träger ausländischer Namen nicht ohne weiteres bestehende deutsche Namen erhalten, wenn sie nicht zu ihnen in besonderen familienrechtlichen Beziehungen stehen.

Zunahme des Krebses. Der Krebs entwickelt sich zu einer immer bedrohlicheren Gefahr der Menschheit. Nach den zusammenfassenden Forschungen von Luffler, die in der „Umchau“ mitgeteilt worden, lassen sich praktische Schlüsse zur Bekämpfung der Krankheit aus Rassen, Klima- und Ernährungsfragen bisher noch nicht ziehen. Nach dem heutigen Stande der Kenntnisse lassen sich nur chronische Entzündungen und wiederholte Reizungen, die als auslösende Ursachen dienen können, vermeiden. Eine weitere Verbreitung und Zunahme der Krankheit liegt besonders bei gewissen Rassen im äußersten Osten und bei den Indianern Westamerikas vor. Ueber die Möglichkeit einer Immunisierung hat man bisher nur einzelne Erfahrungen bei nordamerikanischen Indianern und Japanern. Die einzige Hoffnung auf erfolgreiche Bekämpfung besteht in der frühen Erkennung der Krankheit, und deshalb hat man in den Vereinigten Staaten eine Aufklärungsbewegung unter der Bevölkerung organisiert, die jeden mit den Früherkennungen bekannt macht. Aufmerksamkeit verdienen die Beobachtungen, die die Entwicklung des Krebses mit der Veränderung in Zusammenhang bringen. Gutes Essen scheint die Disposition zum Krebs zu erhöhen, denn man hat z. B. festgestellt, daß die Sterblichkeit an Krebs bei den armen Israeliten Amerikas und Umsterbens gering ist, stark dagegen bei den reichen Israeliten von Budapest. Ebenso ist in London die Krebssterblichkeit in den reichen Gegenden von Westend größer als in den Armenvierteln des Ostends.

Aus der Radiumstadt. Aus Joachimsthal in Böhmen wird uns geschrieben: Die böhmischen Bäder leiden schwer unter der Ungunst der Verhältnisse. Man weiß, daß Karlsbad, Marienbad, Teplitz-Schönau, Binn und wie sie sonst noch heißen, stets einen sehr großen Prozentsatz Reichsdeutsche unter ihren Besuchern hatten. Jetzt steht dem die Valuta im Wege, ganz abgesehen davon, daß

die politischen Folgen der staatlichen Veränderungen an den böhmischen Bädern auch nicht so spurlos vorübergegangen. Eines dieser Bäder, das jüngste, ist in gewisser Hinsicht von Valutafolgen unabhängig. St. Joachimsthal, der weitberühmte Radiumort mit dem bedeutendsten Uranbergwert der Erde. Die Abnehmer des Radiums sitzen überwiegend in valutastarken Ländern, so daß der Tiefstand der deutschen Mark und der österreichischen Krone nicht allzu viel zu sagen hat.

Wer hätte vor 30 Jahren gedacht, daß das böhmische Erzgebirgsstädtchen, das einst eine „Königliche freie Bergstadt“ war, und aus dem die Taler ihren ersten Ursprung nahmen, einen solchen pompösen Kuffel zur Weltberühmtheit nehmen würde! Damals standen die Herren von der Proger Regierung topfschüttelnd und sorgenvoll zwischen den Ruinen Joachimsthal's, das am 31. März 1873 fast völlig abgebrannt war. Von mehr als 500 Häusern wurden 470 eingediger; 5000 Menschen wurden zu Bettlern. Mit der imposanten Kirche verbrannte ein bedeutendes Granatförmiges Atommagazin, auf dem unter den Gestalten der Apostel auch die Porträts der Reformatoren zu sehen waren. Auf der ebenfalls vernichteten Kanzel der Joachimsthaler Kirche hatte einst Luther gepredigt, als er seinen Freund Matthesius besuchte, der neben dem liederreichen Kantor Hermann hier als evangelischer Prediger wirkte. Wer das heutige Joachimsthal mit seinen schmutzen neuen Häusern, dem großartigen Radiumkurhaus, der Radiumstadt für Radiumtherapie usw. sieht, der wird es kaum für denkbar halten, daß hier vor einem halben Jahrhundert eine ausgebreitete Brandstätte lag, zu deren Befestigung ein Jahrzehnt notwendig war. Die aus den Tiefen der Joachimsthaler Urangruben quellenden Arsenwässer werden die Zukunft des malerischen Bergstädtchens vergangen, undeshalb einer missgünstigen Gegenwart, die einmal Bergangehenheit sein wird, wie es die blanten Taler sind, die einst als „Joachimsthaler“ berühmt wurden, dann allgemein anerkannte Münzbezeichnung waren und heute völlig von der Bildfläche verschwunden sind.

Von der größten Mauer der Welt. Die berühmte chinesische Mauer wird jetzt abgetragen; ihre Ziegel und Steine sollen zu Bauzwecken Verwendung finden. Es wird aber noch eine lange Zeit verstreichen, bevor dieses ungeheure Bauwerk ganz verschwunden ist, das die größte Mauer darstellt, die jemals errichtet wurde. Astronomen haben behauptet, daß die chinesische Mauer das einzige Werk von Menschhand sei, das man mit dem bloßen Auge vom Mond würde sehen können. Mit ihren verwickelten Bindungen ist sie weit über 3000 km lang; sie ist 25 Fuß dick an den untersten Stellen und 15 Fuß dick in ihrem oberen Verlauf. Die Höhe der Mauer schwankt zwischen 15 bis 30 Fuß. Sie war ursprünglich mit über 30000 Wachtürmen ausgestattet. Die chinesische Mauer soll nicht Steine enthalten, als sämtliche Bausteine des vereinigten englischen Königreiches. Dabei wird behauptet, daß diese gewaltige Umwallung, die verschiedene Gebirgsseiten überschreitet, in 15 Jahren erbaut sein soll. Die Chroniken melden, daß der chinesische Kaiser Huang Ti sie etwa 200 Jahre v. Chr. baute, um den Einfall wilder Stämme von Norden her zu verhindern. 300000 Arbeiter und alle Werkzeuge des Landes wurden bei der Arbeit beschäftigt. Ueber die Kosten sind keine näheren Angaben gemacht, aber moderne Ingenieure erklären, daß diese große Mauer, wenn sie heute errichtet werden sollte, die Summe von 5000 Millionen Pfund verschlingen würde.

Staatliche Brotreserve.

Die Folgen der Aufhebung der Getreideumlage.

Am 12. April nahm der Reichstag eine Entschließung an, in der zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Sicherung des Bedarfs an Brotgetreide durch eine gebundene Wirtschaft nicht mehr möglich ist, daher von einer weiteren Getreideumlage abgesehen werden muß. Entsprechend diesem Reichstagsbeschlusse wird mit Ablauf des Wirtschaftsjahres die Getreideumlage aufgehoben. Die Reichsregierung hat nunmehr einen Begehrtsentwurf ausgearbeitet, der die Aufgabe hat, die Brotversorgung im nächsten Wirtschaftsjahre auf eine andere Grundlage zu stellen. Der Regierung soll eine Getreidereserve in Höhe bis zu 3 1/2 Millionen Tonnen zur Verfügung gestellt werden. Der Zweck dieser Reserve ist die öffentliche Versorgung während der Zeit des Uebergangs vom alten in das neue Erntejahr fortzusetzen, bei Notständen auszuweichen und die Möglichkeit zu geben, bei ungeschickter Preisgestaltung für das Inlandgetreide eingreifen zu können. Die Reserve soll zu einem Teil durch Einfuhr beschafft werden, während der andere Teil in Höhe von etwa 1 1/2 Millionen Tonnen auf dem Wege der Vereinbarung aus dem Inland entnommen werden soll. Es sind bereits Verhandlungen zu Vertragsabschlüssen in dieser Richtung eingeleitet. Wenn es nicht gelingt, auf diesem Wege die notwendigen Getreidemengen einzubringen, dann will die Regierung nach dem Entwurf eine Mindestmenge Getreide von 1 1/2 Millionen Tonnen im Wege der Umlage beschaffen. Mit Zustimmung des Reichstags kann die Reichsregierung zur Beschaffung billigen Brotes für Bedürftige Geldbeträge bereitstellen, die unter Vermittlung der Länder und Kommunalverbände Verwendung finden. Da die allgemeinen Staatseinkünfte mit diesen Ausgaben nicht mehr belastet werden können, ist die Erhebung einer einmaligen Umlage vorgesehen, und zwar ist eine Abgabe in Höhe der Zwangsanleihe beabsichtigt. Den Zwangsanleihepflichtigen wird die Verpflichtung auferlegt, einen Steuerbetrag einzuzahlen, welcher der bereits festgesetzten Zwangsanleihe entspricht. Die neue Abgabe unterscheidet sich von der Zwangsanleihe nur dadurch, daß keine Anleihefiktive ausgegeben werden, da es sich um eine echte einmalige Steuer handelt.

Diese amtlichen Mitteilungen über die von der Regierung beabsichtigten Maßnahmen zur Sicherung der Brotversorgung im kommenden Wirtschaftsjahr lassen eine ganze Reihe von außerordentlich wichtigen Fragen offen. Zunächst wird es wesentlich von der kaufmännischen Art der Beschaffung der beabsichtigten Brotreserve abhängen, wie weit die bedeutenden Käufe des Staates auf den in dem letzten Monat ungewöhnlich gestiegenen Getreidepreis weiter preissteigernd wirken. Die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, daß bei ungeschicktem Vorgehen sich eine preissteigernde Wirkung solcher großer Staatseinkäufe bemerkbar macht, wenngleich diese Gefahr durch wichtige kaufmännische Organisation eingeschränkt werden kann. Wichtiger ist aber die in der offiziellen Bekanntmachung ganz ungelöste Frage: Wer soll die Empfangen des verbilligten Brotes werden und in welchem Maße soll die Verbilligung erfolgen? Wir haben bereits früher nachgewiesen, daß eine Verbilligung des Brotes nur für die Renteneinpfänger und ähnlichen Schichten des Volkes im heutigen Ausmaß etwa 750 Milliarden beanspruchen würde. Da die Regierung beabsichtigt, zur Verbilligung nicht mehr als die Bettelpennie der Zwangsanleihe den Besitzenden aufzuerlegen, so wird im günstigsten Fall nur der dritte Teil, vielleicht etwas über 200 Milliarden, aufgebracht werden. In der Praxis bedeutet das, daß nicht mehr die große Schicht der mittleren Gehalts- und Lohnempfänger billiges Brot empfängt, sondern nur die jetzt bereits von der Wohlfahrtspflege erfassten Renteneinpfänger und Bedürftigen, und daß auch bei diesen die Verbilligung gegenüber dem marktfreien Brot im günstigsten Fall den dritten Teil der augenblicklichen Verbilligung ausmachen wird. Eine solche Verbilligung der Preisverhältnisse bei der Brotversorgung der überwiegenden Masse der Bevölkerung muß ganz ungemeine volkswirtschaftliche Folgen haben und sich in neuen bedeutenden Lohn- und Gehaltssteigerungen ausdrücken. Die Regierung wird jedenfalls gut tun, wenn sie über ihre Absichten sich möglichst bald klarer und eindeutiger ausdrückt, als das in ihrer jetzigen Verlautbarung der Fall ist.

Bürgerliche Interpellation.

Sämtliche Parteien der Arbeitsgemeinschaft haben im Reichstag gestern eine Interpellation eingebracht, in der die Reichsregierung um Auskunft über die Gründe des jüngsten Marksturzes ersucht wird. Insbesondere wird gefragt, ob von inländischer Seite auf diesen Marksturz vorsätzlich oder fahrlässig hingearbeitet worden ist und welche Maßnahmen die Regierung zu treffen gedenkt, um ähnlichen Ereignissen für die Zukunft vorzubeugen.

Diese Interpellation der Arbeitsgemeinschaftsparteien wird Gelegenheit geben, im Reichstag zu dem Dolchstoß der deutschen Industrie gegen die Welt und damit gegen die Abwehrfront an der Ruhr eingehend Stellung zu nehmen. In der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist man der Überzeugung, daß es mit einer Interpellation allein nicht abgetan sein darf. Die Reichsregierung kennt die Ursachen des Marksturzes und hat bis heute keine wirksamen Maßnahmen zur Verhinderung solcher Vorgänge getroffen. In der Fraktion ist man deswegen der Ansicht, daß der Reichstag von sich aus einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß einsetzen muß, der die Einzelvorgänge, die mit dem Marksturz in Zusammenhang stehen, genau untersucht und die Durchführung der erforderlichen Maßnahmen erzwingt.

	2. Mai		30. April	
	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Geld-) Kurs	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Geld-) Kurs
1 holländischer Gulden	1234.06	12405.04	11620.87	11679.13
1 argentinische Papier-Peso	11521.12	11578.88	10607.91	10562.09
1 belgischer Franc	1850.80	1859.64	1740.63	1749.37
1 norwegische Krone	5385.50	5413.50	5182.06	5187.94
1 dänische Krone	5980.06	5980.94	5508.08	5508.05
1 schwedische Krone	8429.87	8471.13	7955.06	7994.94
1 finnische Mark	—	—	828.42	802.58
1 japanischer Yen	15680.75	15730.25	14403.75	14336.25
1 italienische Lire	1561.06	1568.92	1450.33	1463.65
1 Pfund Sterling	146783.12	147116.88	137655.00	138835.00
1 Dollar	31620.75	31779.25	29725.50	29874.50
1 französischer Franc	2150.58	2170.42	2014.93	2025.05
1 brasilianischer Milreis	8391.50	8408.50	8216.93	8233.07
1 Schweizer Franc	5700.50	5789.44	5401.46	5428.04
1 spanische Pesta	—	—	4588.62	4561.89
100 österr. Kronen (abgefl.)	—	—	41.89	42.11
1 türkische Krone	972.56	977.44	888.27	892.69
1 ungarische Krone	—	—	5.50	5.54
1 bulgarische Lewa	—	—	228.44	224.88
1 jugoslawischer Dinar	—	—	308.22	309.78

Das Mitleid der „Studentenmutter“.

Die Liebesgabenammlung für einen Rathenau-Mörder.

Ein Schloßlicht auf die Westseite eines Teiles derjenigen rechtsgerichteten Kreise, die in dem abstrusen Rathenau-Mord noch eine „nationale Tat“ erblicken, war eine Verhandlung vor der 2. Strafkammer des Landgerichts III. Dort hatte sich die Inhaberin einer Schreibwarenhandlung in der Hardenbergstraße am Knie in Charlottenburg, Fräulein Anna Witte, wegen der Veranstaltung einer Liebesgabenammlung für den wegen seiner Beteiligung am Rathenau-Mord im Justizhaus zu Sonnenburg seine fünfzehnjährige Strafe verbüßenden Ernst Werner Tschow zu verantworten. Die durch Ersten Staatsanwalt Dr. Jäger vertretene Kassege erblüht in dem Auslegen einer Sammelliste in dem Laden der Angeklagten ein Vergehen gegen § 1 des Gesetzes zum Schutz der Republik, ferner Vergehen gegen die Bestimmung gegen die Veranstaltung von Sammlungen und ein Preßvergehen.

Fräulein Witte hatte in ihrem Laden auf dem Ladentisch unter der Glasplatte eine Aufforderung zur Sammlung für Ernst Werner Tschow ausgelegt. Die Aufforderung lautete: „Hier werden Liebesgaben für den früher Studierenden der Technischen Hochschule, dem Jahrgang z. B. Ernst Werner Tschow angenommen.“ Die Liste war mit 20 Unterschriften und der Zeichnung von Beträgen in Höhe von insgesamt 3000 M. unterzeichnet, als sie beschlagnahmt wurde. Die Angeklagte erklärt vor Gericht, daß sie keine politische Demonstration beabsichtigt habe. Nach der Verurteilung Tschows habe sie mit dem Unglücklichen, der „ein guter und lebenswerter Mensch“ gewesen sei, Mitleid gehabt und ihm zum Weihnachtsfest eine kleine Tasse bereiten wollen. Da sie angenommen habe, daß auch andere junge Leute, die Tschow gekannt haben, sich gern an diesem Freundschaftsakt beteiligen würden, habe sie die Liste aufgelegt, jedoch niemand aufgefordert und die Sammlung nur innerhalb ihres Geschäftes unter den Kunden veranstaltet. Studienassessor Armin Schneider befürchtete, daß die Liste unter Glas lag. Er sei nicht aufgefordert worden, habe auch nicht gezeichnet. Einige Zeit vor dem Mord habe er ein Gespräch von Fräulein Witte mit einer anderen jungen Dame angehört, des Inhalts, daß die Sammlung unter den Gutsbesitzern viel Verständnis fände. Aus den Worten entnahm er, daß es sich um eine rechtsgerichtete Parteisammlung handelte. Der Erste Staatsanwalt Dr. Jäger hielt den Tatbestand der öffentlichen Sammlung für feststehend. Tschow entstamme einer wohlhabenden Familie, für den man nicht zu sammeln brauche. Die Gefährdung der Weihnachtsfeier sei törichtes Gerede. Die Angeklagte wolle lediglich für die Kreise, die die Tat Tschows sehr schön finden, agitieren. Wenn man für einen Mann, der ein so abentheuerliches heimtückisches Verbrechen begangen hat, Liebesgaben sammle, billige man die Tat, und das ist nach dem Gesetz zum Schutz der Republik strafbar. Mit Rücksicht darauf, daß die Angeklagte noch nicht vorbestraft ist, beantragte der Staatsanwalt die Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Heyl, erklärte, daß die Sammlung keine Billigung und Verherrlichung der Tat bedeute. Die Angeklagte sei eine Art „Studentenmutter“ und sei nur ihren eigenen frauenheftigen Regungen gefolgt. Die Strafkammer, unter Vorsitz von Landgerichtsrat Reuter, stellte sich auf den Standpunkt des Staatsanwalts und verurteilte die Angeklagte Anna Witte zu drei Monaten Gefängnis sowie 3000 M. Geldstrafe, auch wurde auf Einziehung der beschlagnahmten Sammelgelder erkannt.

Fabrikbrände.

Großfeuer kam in der Nacht zum Dienstag, den 1. Mai, in Schönow bei Zehlendorf, Kreis Teltow, in dem dortigen Werk der Optischen Anstalt A.-G. Dr. P. Götz Friedenau, aus unbekannter Ursache zum Ausbruch und verursachte großen Schaden. Die Gefahr wurde um 3 Uhr nachts bemerkt, als die Kantinen und mehrere Baracken, in denen Materialien verschiedener Art lagerten, schon in größerer Ausdehnung brannten. Die Fabrikwehr war machtlos. Als die Zehlendorfer, Teltower und andere Wehren an der Brandstelle erschienen, war die Lage für das neue Werk so bedrohlich, daß die Wilmersdorfer Branddirektion benachrichtigt wurde, damit für alle Fälle Hilfe zur Stelle war. Es gelang den gefährlichen, weithin am Teltowkanal sichtbaren Brand auf die Baracken und die Kanline zu beschränken. Von diesen sind nur kümmerliche Reste geblieben. Der Betrieb ist nicht beeinträchtigt worden. Mit den Aufräumarbeiten soll heute begonnen werden. — In Niederichsneweide, Fleißh. 1/2, kam in der Märkischen Tuchfabrik Feuer aus, das keine größere Ausdehnung erlangte und bald gelöscht werden konnte.

Die städtische Kartoffelreserve.

Auch im nächsten Winter wieder ein städtischer Frostvorrat. Die Ernährungsdeputation hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, jetzt bereits alle Vorbereitungen für die Beschaffung einer städtischen Kartoffelreserve für die kommende Winterkampagne zu treffen. Dem Beschluß ging ein Bericht über die Erfahrungen mit der vorjährigen Reserve voraus. Aus dem Bericht war zu ersehen, daß die Stadt finanziell bei der Kartoffelreserve günstig abgeschnitten hat. Nach bedeutenden Rückstellungen von etwa 40 Millionen Mark für die Reparatur und Erneuerung des Lagermaterials, Sade usw. wurde ein Ueberschuß von über 50 Millionen Mark erzielt. Die städtische Kartoffelreserve hat im vorigen Winter in zweierlei Form Verwendung gefunden; einmal sind durch die Bezirke zu ganz bedeutend ermäßigten Preisen an Bedürftige, Renteneinpfänger usw. Kartoffeln in größerem Ausmaß abgegeben worden. Und zweitens hat die Stadt aus ihrer Reserve Kartoffeln auf den Markt geworfen, als während der Frostperiode vorübergehend die Zufuhr nach Berlin ins Stocken kam. Dieses städtische Angebot hat auf den Markt erheblich preislenkend gewirkt. 3. B. verkaufte die Stadt den Zentner für 75 Mark, während der Marktpreis 90 Mark betrug. Der Beschluß der Ernährungsdeputation über die Beibehaltung der Kartoffelreserve erfolgte einstimmig, weil wohl niemand sich der Tatsache verschließen konnte, daß diese von den Sozialdemokraten erkämpfte Einrichtung sich bewährt und für die Bevölkerung sehr nützlich ist.

Ein unaufgeklärter Todesfall.

Vor acht Tagen wurde die über 60 Jahre alte Witwe Anna Marten in ihrer im Duergebäude des Hauses Königsstraße 10 in Charlottenburg belegenen Wohnung von ihrem Sohne, als dieser vom Nachdienst heimkehrte, in einer Blutlache an der Erde liegend aufgefunden. Sie trug eine Wunde am Kopf, war bewußtlos, muß schon lundenlang an der Erde gelegen haben und starb bald nach dem Auffinden, ohne das Bewußtsein wiederzuerlangen. In der kleinen Wohnung war alles zum Plätten vorbereitet. Tugendliche Spuren, die auf einen gewaltsamen Tod schließen lassen konnten, waren nicht zu entdecken. Die alte Frau hat höchstwahrscheinlich einen Schwindelanfall bekommen und ist dabei sehr unglücklich gefallen. Der starke Blutverlust ohne schnelle Hilfe führte dann zum Tode. Da nach Angabe des sehr sparsamen Sohnes etwa 40 000 Mark fehlten, entstand zunächst in der Nachbarschaft die Annahme eines Diebstahls. Möglich ist jedoch, daß die als gutmütig bekannte Frau M. das Geld vertrieben hat. Die Sezierung der Leiche ergab als Todesursache eine Schädelerkennung durch Fall oder Schlag. Da Genaueres nicht festzustellen war, wurde die Leiche von der Staatsanwaltschaft zur Beerdigung freigegeben.

Spätverkehr auf der Hoch- und Untergrundbahn. In der Rainnummer des „Vorwärts“ war eine Zuschrift veröffentlicht worden, in der über den schändlichen Spätverkehr auf der Hoch- und Untergrundbahn geklagt wurde. Die Hochbahngesellschaft verwendet nunmehr folgende Mitteilung: Mit Inkrafttreten des neuen

Sommerfahrplans bei der Hoch- und Untergrundbahn einschl. der Nordbahn kommt die vor einiger Zeit vorgenommene Einschränkung des Spätverkehrs in Fortfall, so daß die letzten Züge von jetzt ab überall 30 Minuten später als bisher verkehren.

Der Luftdienst Berlin—London.

Die englische De Havilland-Maschine hat gestern vormittags, 6.45 Uhr, mit vier Passagieren — drei Kaufleuten und dem Vertreter des „Manchester Guardian“ — den Rückflug von Staaken nach London angetreten. Vom kommenden Montag ab beginnt dann der tägliche regelmäßige Luftverkehr zwischen Berlin und London, und zwar fliegen die deutschen Maschinen ebenso wie die englischen nur bis Amsterdam, wo die Passagiere dann in beiden Richtungen umsteigen müssen. Nur an einem Tage der Woche soll aus bestimmten Gegenständigkeitsgründen das deutsche Flugzeug bis London, das englische bis Berlin durchfliegen. Für die Passagiere bedeutet der Maschinenwechsel keine Unannehmlichkeit oder Verzögerung, da in Amsterdam ja ohnehin eine stundentägliche Verbindung vorgesehen ist und die Fahrgäste nur von einem Flugzeug in das andere umsteigen brauchen. — Am Montag beginnt ebenfalls von Staaken aus der von der Aero-Union und den Junterswerken gemeinsam betriebene Luftdienst Berlin—Danzig—Königsberg und Königsberg—Remel—Riga—Kopal mit Anschluß nach Helsingfors und später nach Petersburg.

Raubüberfall auf einen Arzt.

Ein schwerer Raubüberfall wurde in der Nacht zum 1. Mai im Südwesten der Stadt verübt. Als der Arzt Dr. Megeard Heilmann, ein Mann von 52 Jahren, auf dem Heimwege nach seiner Wohnung in der Solmsstraße 45 gegen 12 Uhr nachts die Blücherstraße entlangging, fielen an der Ecke der Joffener Straße ein Mann und eine Frau plötzlich über ihn her, schlepten ihn nach dem nächsten Hausflur und raubten ihm seine schwere goldene Uhr mit Kette und eine lederne schwedische Brieftasche, im ganzen für 2 Millionen Mark. Die Räuber entflohen dann und entamen. Auf ihre Ergreifung und die Wiederbeschaffung des geraubten Gutes ist eine hohe Belohnung ausgesetzt. Mitteilungen an Kriminalkommissar Bernburg im Zimmer 80 des Polizeipräsidiums.

Durch Kellerdecke und Wände brachen nach unbekannter Verbrecher zur Nachtzeit in das Möbelpolstergeschäft von Siebert in der Großen Frankfurter Straße 33 ein und nahen aus dem im Erdgeschoß belegenen Geschäftsräumen für 20 bis 30 Millionen Möbelstoffe aller Art. Die Kellerwür hatten sie mit einem Nachschlüssel geöffnet. Wahrscheinlich werden sie verhaftet, ihre Beute in Fachreisen zu Geld zu machen. Auf die Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes ist eine hohe Belohnung ausgesetzt. Vertrauliche Mitteilungen an Kriminalkommissar Dues im Zimmer 96 des Polizeipräsidiums.

Kleiderauffächler. Durch einen jener krankhaft branntigen Menschen, die ein Gefallen daran finden, Kleider aufzuschlitzen, erlitt eine Frau aus der Grachtstraße schweren Schaden. Sie fuhr vom Schlesischen Bahnhof mit der Stadtbahn nach Treptow und wurde beim Aussteigen von Fahrgästen darauf aufmerksam gemacht, daß ihr Mantel arg zerschritten war. Der Rückenteil zeigte sechs große Schnitte, meist in Dreiecksform. Der Täter muß den Stoff, ehe er eine scharfe Scheere ansah, förmlich zusammengebeugt haben.

Eisenbahnentfester. Am Sonntag nachmittag um 4 1/2 Uhr wurde ein Stadtbahnzug zwischen Adlershof und Grünau mit Steinen beworfen. Polizei und Gendarmen machten Jagd auf die jugendlichen Steinwerfer, die diesmal gefast wurden. Es waren drei 12—14 jährige Schüler und ein 17 jähriger Arbeiter, sämtlich aus Köpenick.

Die Katastrophe in Wembley. Aus London wird gemeldet, daß von den bei dem Rassenunfall bei Wembley anlässlich eines Fußballkampfes am Sonnabend Verunglückten nur neun im Krankenhaus zu bleiben brauchen. Todesfälle sind nicht zu verzeichnen. Man erwartet, daß die Angelegenheit im Parlament zur Sprache gebracht wird.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Mild und vielwolkeiger, vorübergehend wieder bewölkt, bei mäßigen westlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Frauenveranstaltungen am Mittwoch, den 2. Mai.

70. Kkt., Schöneberg, 7 1/2 Uhr, Frauenabend bei Groß, Edenstr. 17. Vortrag.

Morgen, Donnerstag, den 3. Mai.

32. Wkt., Abends 7 Uhr, Funktionärstreffen in der Schule, Langstr. 21, Zimmer 25. Verhandlung.

33. Wkt., Abends 7 Uhr, bei Arlberg, Simon- und Tschirn-Straße 24. Sitzung sämtlicher Funktionäre und Fraktionenmitglieder. Die Belegstellen rechnen die Mitglieder und die Parteifunktionäre ab.

34. Wkt., Sitzung sämtlicher Funktionäre bei Ratz, Große Frankfurter Straße 17.

35. Wkt., 9 1/2 Uhr, Besprechung der kommunalen Kommission, in der Oberkasseler Straße 45.

108. Wkt., Abends 7 1/2 Uhr, Gerolshagen-Schule, Sitzung des sozialistischen Elternvereins.

Sozialistischen Gruppe Siedlitz, 7 1/2 Uhr, in der Schule, Siedlitzer Straße 14/16. Zusammenkunft. Thema: Bericht von der Reichsauswahlprüfung. Referent: Gen. Otto Lamm. Die Parteigenossen des Siedlitz sind ebenfalls eingeladen.

Heberrn, Freitag, den 4. Mai.

Jungsozialisten Schöneberg-Friedenau, 8 Uhr, im Jugendheim, Frutigstraße 23. Vortrag: Die Reichsauswahlprüfung.

Jugendveranstaltungen.

Wedding. Heute abend im Leihgärtchen, Schönstedtstraße, Wilmersdorf.

Sport.

Bauer gewinnt den Großen Preis der Republik. Im Treptower Bahn war auch bei dem unbestimmten Wetter recht gut besucht. Der Nachmittag wies ein gutes Programm auf, alle Rennen wurden flott gefahren. Bei den Fliegerrennen gab es einige Reifenschäden. Im Preis der Republik erlangte Bauer hinter Krüger zuerst Anschluß und übernahm sofort die Führung, um sie auch bis zum Schluß zu behalten. Bauer schien es großen Spaß zu machen, die Fahrer stets vor sich herzutreiben. Nach dem 30. Kilometer begann Bauer eine kleine Jagd und nahm nach kurzen Spurtwegmann eine Runde ab. Ostar Tieh wehrte in prachtvollem Stil alle Heberholungsversuche Wegmanns und den Heberholungsversuch Bauers ab. Das Rennen war eine sichere Beute für ihn. Im Prämiensfahren wurden die Ausreißer stets wieder eingeholt. Den Preis gewann ebenfalls Bauer, der Sieg war ihm schon bei Beginn des Rennens sicher, da alle Fahrer einige Runden zurücklagen. Ostar Tieh machte alle Anstrengungen, um sein verlorenes Feld wieder zu erobern.

Resultate: Vorrangefahren über fünf Runden, zwei Vorkäufe und einen Endlauf: 1. Müller, 2. Min. 04.1 Sek.; 2. Wager; 3. Wenzelberg. Rassefahren über fünf Runden, zwei Vorkäufe und einen Endlauf: 1. Hahn, 2. Min. 41 Sek.; 2. Hoffmann, eine Vorderrodränge; 3. Wüngerer. Prämiensfahren über 30 Runden: 1. Tschow, 13 Min. 40.2 Sek.; 2. Krüger; 3. Niepel. Preis über 25 Kilometer hinter Motor: 1. Bauer, 23 Min. 50.4 Sek.; 2. Ostar Tieh, 610 Meter zurück; 3. Wegmann, 710 Meter zurück; 4. Sturm, 2900 Meter zurück. Großer Preis der Republik über eine Stunde hinter Motor: 1. Bauer, 61 450 Meter gefahren; 2. Sturm, 61 360 Meter gefahren; 3. Ostar Tieh, 61 300 Meter gefahren; 4. Wegmann, 61 060 Meter gefahren.

Der Maïtag der Arbeit

Massenfeiern in Berlin, im Reich und im Ausland

Wieder die Weltstadt im Zustand des Außerordentlichen. Des außerordentlichen Feiertages der Arbeitenden, den sie sich nicht durch Gott, Teufel und fürstliche Obrigkeit aufhängen lassen, sondern aus eigenem Kraftgefühl bestimmt haben. Die stillen Straßen belebten sich. Männer und Frauen wanderten zu den Treffpunkten der großen Betriebe, der gewerkschaftlichen Verbände, der Abteilungen unserer Parteiorganisation. Gruppen sammelten sich an den Straßenecken, auf den Plätzen. Rote Fahnen wurden sichtbar, Anschlagtafeln mit den Forderungen, für die am 1. Mai das Proletariat demonstriert. Immer dichter ballten sich die Scharen der Versammelten. Züge traten zusammen, Musikkapellen stellten sich an die Spitze. Hoch die Fahnen und die Banner! Platternd entfalten sie sich in dem frischen Wind. Unter den Klängen von Arbeitermärschen und Kampfliedern setzten die Züge sich in Bewegung. Fenster wurden geöffnet, wehende Läden grüßten hinab. Aus den Außenbezirken, den Wohnvierteln der Arbeiterbevölkerung, zogen die Massen dem Stadtkern zu. In geordneten Reihen, in Zügen von unabsehbarer Länge marschierten sie heran. In Wellen, die nicht enden wollten, überfluteten sie den Lustgarten und seine Umgebung. Wieder die Züge der ungezählten Tausende, die unerschöpfbar aus den nördlichen Zugangsstraßen zum Lustgarten, dem neuen Volksgarten, strömen. Das Rot der Fahnen walt im frischen Nordwest über den Hauptern. Es bildet ein fortlaufendes Band, ein unerschöpfliches Symbol der großen, fortschreitenden Volksbewegung. Der Lustgarten ist lange gefüllt, bevor es von der Schloßuhr zu elf Schlägen ausholt. Neue und neue Züge drängen hinzu; es ist ein Käse, wie sie Platz finden, wie immer und immer noch ein Fuß vorwärts treten kann, um einem Massengenossen Platz zu bieten. Ohne Schupoangebot regelt sich alles von selber. Jeder findet seinen Platz, den er nur vorwärts, dem Zentrum des Platzes zutretend, verläßt. Wo es dann beim besten Willen nicht mehr geht, brandet es die Mauern, Treppen, Böden und Säulen hinauf. Bäume tragen lebende Früchte, in Steinornamente und Fensterbrüstungen vermischen sich Menschen. Friedrich Wilhelm III. humilität des Platzes trägt diesmal wirklich Volksmassen, fahnenbewehrte Jugend, hundertpaß und vor sich auf dem Pferde. Um 11 Uhr war der Lustgarten überfüllt. Kopf an Kopf standen die Teilnehmer an der Maifeier — es mochte eine halbe Million übersteigen, was sich, trotz des wenig freundlichen Wetters, zusammenfand. Musikkapellen sorgten während des Aufmarsches für Unterhaltung. Auf der Freitreppe des Doms, wo ein riesiges rotes Latentkreuz aufgestellt war, sah man eine Kette der Arbeiterturner, die Freilübungen und Gruppenübungen zur Verfügung brachte. Um 11 Uhr setzte dann der Arbeiter-Sängerbund ein mit dem vollendet und gemollt mirlenden Chor des Arbeiter-Vaterlandsliedes. Im Anschluß daran nahmen von etwa 30 Stellen aus die Redner, Abgeordnete und Gewerkschaftsführer, das Wort.

Die Redner.

Von der Domtreppe aus sprach Genosse Grafmann. Zur Maifeier, die wir 1890 zum ersten Male hatten, treten wir heute zum 34. Male zusammen. Die Masse derer, die an ihr teilnehmen, ist angeschwollen zu gewaltiger Müt. Sind nicht uns allen die Forderungen, für die wir am 1. Mai demonstrieren, Selbstverständlichkeiten? Und doch erfordert der Kampf um sie nach immer unsere ganze Kraft! Der Arbeiterschuh bedarf des Ausbaues, die Fürsorge für Arbeitslose und für Arbeitsunfähigen läßt noch alles zu wünschen übrig. Der Achtstundentag, eine der wesentlichsten Forderungen des Maiprogramms, das 1889 auf dem internationalen Kongreß aufgestellt wurde, war in Deutschland schon vor 1918 auf verheißungsvollem Marsch. Was auf diesem Gebiet in Jahrzehnten vorbereitet wurde, ist durch unsere Revolution betrübt worden. Doch unter dem Vorwand, daß die Weieraufrichtung der deutschen Wirtschaft es fordere, schreit das Unternehmertum nach Verlängerung der Arbeitszeit und läßt Sturm gegen den Achtstundentag. Ihn müssen und werden wir verteidigen mit allen unseren Kräften, damit diese Errungenschaft uns nicht wieder genommen wird. Die Schrecken des Krieges hat das granatvolle Volksmorden von 1914 bis 1918 uns gezeigt, das mit Verlasten von Millionen Toter oder Verstümmelter abschloß und dessen wirtschaftliche Folgen jetzt schwer auf uns lasten. Dennoch ist unser Kampf um den Achtstundentag, den wir so oft erhoben, heute nötiger als je. In anderen Ländern sehen wir die Einstellung auf den Friedensgedanken nicht so, wie sie es sein müßte, um die Wiederkehr eines Krieges zu verhüten. Aber auch in Deutschland haben wir uns zu wehren gegen Kräfte, die über uns eine Wiederholung der Katastrophe von 1914 heraufbeschwören möchten. Krieg dem Krieg! rufen wir heute aus. Und Krieg aller Reaktion, den Monarchisten und Faschisten, den Feinden im Innern des eigenen Landes! Die Einheit des Reiches ist es, die in Bayern auf dem Spiel steht. Der Feind, gegen den dort unsere Brüder den Abwehrkampf führen müssen, will über die Arbeiterklasse den weißen Schrecken bringen, wie wir es in Ungarn erlebt haben. Einigkeit tut jetzt den Arbeitern not! Nur weil die Feinde der Arbeiterklasse sehen, daß sie uneinig ist, wollen sie's wagen, ihr an die Gurgel zu springen. Aber, rief Genosse Grafmann, das geloben wir heute, daß wir in der Gefahr zusammenstehen werden als ein einzig Volk von Brüdern! Er wies auf die Hunderttausende hin, die den weißen Wah schüßen. Alle sind bereit, die deutsche Republik zu schützen, zum Wohle des deutschen und des ganzen internationalen Proletariats. Alle sind sie entschlossen zum Kampf für Freiheit und Menschenrechte, für Befreiung der Arbeit aus den Fesseln des Kapitalismus. Dem kämpfenden und stehenden Proletariat aller Länder galt das Hoch, mit dem Genosse Grafmann seine Rede schloß und in das die Menge jubelnd einfiel.

Von der Freitreppe des Domes sprach Genosse Ziska. Er wies darauf hin, daß Berlin Volk den Maifeiertag wieder an der historischen Stätte seiner Fron begebe und erinnerte an die ersten Bestrebungen, die Maifeier durchzuführen, die bis in das Jahr 1889 zurückreichen. Nach einer Schilderung der augenblicklichen politischen Lage betonte der Redner das Hochstreben der Arbeiterparteien, die ihr Hauptaugenmerk darauf richten, gegen die Lebensmittelerhöhung und den Wucher anzukämpfen. Vor allem aber gelte es, den Kampf gegen die Sabotage des Achtstundentages aufzunehmen. Eine große Gefahr drohe dem deutschen Proletariat von dem internationalen Faschismus. Die Arbeiterschaft müsse gerüstet bleiben. Ihre Feinde gehen um und es sei ihnen jetzt besonders darum zu tun, die geringen Rechte der Arbeitenden, die sie sich seit der Revolution erkungen haben, zu befestigen.

Vom Denkmal Friedrich Wilhelms III. sprach als Vertreter der französischen kommunistischen Partei der Gewerkschaftler Fére, dessen Rede allerdings von einer deutschen Kommunistin wieder-

gegeben wurde. Fére sprach ausführlich über die Ursachen der Ruhrbefehung und führte u. a. aus: Nicht das geringe Konto an den Reparationsleistungen ist der wahre Grund der Ruhrbefehung, sondern der Nachbargang des französischen Kapitalismus ist die Grundursache des Einmarsches der französischen Soldaten. Das Comité des Forges ist nicht zufrieden damit, daß ihm durch den Verfall der Friedensvertrag die Mineralische Maß-Vorbringen zugelassen sind, es erstrebt die Kohlenhegemonie über Europa und versucht deshalb, das Ruhrgebiet mit seinen Steinkohlen und seinem Koks in seine Hand zu bringen. Das französische Proletariat hat nicht das geringste Interesse an der Ruhrbefehung und wir werden alles tun, was in unseren Kräften steht, um die Nachgelüste unseres und des internationalen Kapitalismus zu bekämpfen, damit so bald als möglich das deutsche und das französische Volk sich über das Ruhrgebiet hinweg die Hände reichen können.

Die Schloßseite am Lustgarten war wie im Vorjahr für die Jugend freigegeben. Hier sprach Genosse Stadtrat Schneider-Neufuß zur Schulschule. Aus dunklen Häusern, so führte der Redner u. a. aus, da wo kein Sonnenschein hineinbringt, sind eure Eltern hierher gekommen, um für die alten Forderungen zu demonstrieren. Sie treten ein für die Beibehaltung des Achtstundentages, damit sie Zeit haben, nach beendeter Arbeit mit euch zu ruhen. Sie demonstrieren gegen einen neuen Krieg, damit ihr die Schrecknisse eines neuen Krieges nicht kennenlernt. Viele, die 1914 hinausgezogen für die „heilige Sache“, sind nicht mehr zurückgekehrt. Und darum geloben wir heute: Nie wieder Krieg! Auch den Jugendlichen widmete Genosse Schneider einige aufrüttelnde Worte: Ihr, die ihr heute der Arbeit ferngeblieben seid, habt die gleichen Forderungen wie eure Eltern. Ihr fordert aber noch mehr: Ausreichenden Jugendschutz und den Sechstundentag. In allen Ländern ertönt heute der Ruf nach Menschenrechten. Kämpfen wir daher mit allen Kräften, um unsere Forderungen durchzusetzen. Halten wir den 1. Mai als Weltfeiertag hoch. Jubelnd stimmten die Kleinen und Großen in das Hoch ein, das der Redner auf den 1. Mai ausbrachte.

An dem Denkmal des alten Wilhelm sprach Genosse Stadtrat. Er erinnerte an das Kaisererbot der Franzosen im Ruhrgebiet und das ebenso nichtswürdige Verbot in Bayern. Der Kaisererbot spottet solcher Willkür. Nie uns anspannen müssen, ihn weiter auszubreiten. Der Montag ist kein Tag der Erfüllung, sondern ein Tag der Verheißung für das heute an Leib und Seele geklagene deutsche Volk; er ist kein Festtag, sondern ein Kampftag. Ein Tag des geistigen Kampfes, der den Arbeiterschuh gegen den Militarismus spottet. Es soll, die Masse der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu einem Willen zu einer Kraft zu vereinigen. Nie wieder Krieg! Denn alles, was wir heute zu erleiden haben, ist Folge des Krieges, wie sie die Schrift des Oberbürgermeisters für Berlin aufzeigt. Für Friede und Verständigung, für das Ziel des Sozialismus müssen alle Kräfte eingesetzt werden.

An der Museumsfreitreppe sprachen von bekannten Gewerkschaftlern u. a. Genosse Rosenfeld vom Gemeinde- und Gewerkschaftsverband und Genosse Friggen vom Halberstädter Verband. Sie wiesen auf die Bedeutung des 1. Mai für die deutsche Arbeiterschaft hin, der auch nach den Errungenschaften, die die Revolution gebracht habe, nicht als ein bloßer Demonstrationstag, sondern als ein Kampftag für das Proletariat betrachtet werden müsse. Nach wie vor müßten drei Forderungen aufrechterhalten werden: das Festhalten am Achtstundentag, der Ausbau des Arbeitsrechts und des Arbeiterschutzes. Als Freigang auf die Rotwendigkeit hinwies, der stärker als je aufstrebenden Konterrevolution eine geschlossene Arbeiterschuh entgegenzustellen, erschoß ihm aus der Menge der Ruf: „Proletarische Hunderttausende“ entgegen.

Im Lustgarten sprachen noch Polenske, Freigang, Repschläger, Böhle, Klose, Krenz, Strehlow, Schimann, Heßhob, Prenzlow, Schweizer, Großmann, Thöns und andere. — Im Tiergarten: Nitsch, Thiesfelder, Schimann, Caspar, Günther, König, Schröder, Lehmann und Befer.

Die Arbeiter-Samariter-Kolonne, die im Lustgarten an drei Stellen stehende Rettungswagen eingerichtet hatte, wurde gestern ungewöhnlich oft in Anspruch genommen. Sie mußte in rund 150 Fällen erste Hilfe leisten, hauptsächlich bei Ohnmachten, die trotz des frühen Wetters in großer Zahl vorkamen; vereinzelt bei Krämpfen. Auch der Proletarische Gesundheitsdienst stand zur Hilfe bereit und griff ein. Erstere Unfälle sind nicht bekannt geworden.

Die Fichte-Turner waren in einem besonderen Zuge, voran die Kinder und Jugendlichen, hinter ihnen die Frauen- und Männerabteilungen, mit Musik und Gesang nach dem Lustgarten marschiert. Vor Beginn der Feier gaben hier ein paar Riegen einige Proben ihrer Kunst.

Der Abmarsch

ging ziemlich mühselos vonstatten. Da die Züge auf vereinbarten Wegen zurückmarschierten, so wurden Stauungen vermieden. Auch beim Abmarsch der nicht in geschlossenen Zügen heimgehenden Einzelpersonen kam es zu keinen Störungen. Eine halbe Stunde nach Schluß der Feier lag der weite Platz wieder leer da. — Vor der Universität kam es nach Schluß der Kundgebung im Lustgarten noch zu einem Zwischenfall. Die Angehörigen des Sozialistischen Studentenbundes und der Kommunistischen Studentenfraktionen waren mit roten Fahnen bis zum Gartenportal des Universitätsgebäudes gezogen und veranstalteten hier eine besondere Kundgebung, die schnell Zutritt von anderen Demonstrationsteilnehmern erhielt, während sich gleichzeitig im Vorgarten östliche Studenten sammelten. Ein junger Kommunist hielt eine Ansprache, in der er sich gegen die „faschistischen Studentenverbände“ wandte. Diese Ausführungen riefen eine Gegen demonstration von der anderen Seite des Gitters hervor; Schimpfwörter flogen hinüber und herüber, der Gesang der „Internationalen“ wurde ebenso wie später das „Deutschlandlied“ von der jeweiligen Gegenpartei mit gellenden Pfiffen begrüßt. Die Erregung der Demonstration steigerte sich noch, als auch von den Fenstern des Universitätsgebäudes Pfiffe ertönten, und im Vorgarten einige laute tragende katholische Studenten aufschrien. Eine Streife der Schupo polizei bewegte schließlich die Menge zum Abzug, die dann im Demonstrationszug unter Vorantritt der sozialistischen Studentengruppe abmarschierte.

Einen anderen Zwischenfall gab es bei den Arbeitslosen. Diese versammelten sich auf dem Ballenplatz, um nach dem Friedhof in Friedrichshagen zu marschieren. Sie führten Sammelkarten mit sich mit der Aufschrift: „Seht reichlich“. Auf dem Friedhof hielt ein Schlosser Fichtmann eine Ansprache und leitete dann mit, daß das gesammelte Geld am nächsten Morgen verteilt werden solle. Die Sammler mit den Kartons waren nicht mehr da. Die Menge wurde nicht zurück und murkte auf dem Heimweg immer lauter. In der Frankfurter Allee drohte man, Fichtmann und dem Ausschuh zuzusetzen und wandte sich an die Schupo polizei. Diese stellte die zehn Führer fest und entließ sie wieder. Was aus den Kartons mit den gesammelten Geldern geworden ist, weiß man noch nicht.

Im Tiergarten.

Über die breite Hardenbergstraße am Bahnhof Zoo rollt nicht wie sonst ununterbrochen ein Straßenbahnwagen nach dem anderen. Die eisernen Tore zur Untergrundbahn sind verschlossen. Auch die Mietautomobile sind seltener als sonst. Nur die Stadtbahn sendet unermüdlich einen Zug nach dem anderen über das hallende Bahnduck. Die Straßen sind frei zum Stehen, zum Plaudern und zum Schauen. Und plötzlich steigt weit in der Straßferne ein roter Fled auf, wird größer, walt hin und her, auf und ab. Ein zweiter folgt, ein dritter, immer mehr. Rote Fahnen bouchen Feueratem in den trüben grauen Tag. Marschrhythmen führen sie mit sich. Und dunkle Menschenmassen, die sich langsam vordrängen, die ganze Breite der Straße anfüllen. Schlichte Werktagsmenschen mit Feiertagsmienen. Von Charlottenburg kommen sie, von Moabit und durch die Fasanenstraße walt sie ein nicht endender Niefenzug heraus. Der kommt aus Wilmersdorf und Schönberg. Früher waren die Blauen an allen Ecken, heute ist nirgends ein Grüner zu sehen. Die Republik gibt die Straße frei. Das Volk beherrscht die Straße und — beherrscht sich selbst. Hunderte von Ordnern mit roten Binden geben den Zügen voran und ihnen zu Seiten. Selbstordnung! Alles in Reih und Glied. Eigendisziplin, von keinem burschen Befehlswort gefördert. Die schweren Arbeitsfüße gehen leicht über den Asphalt. Und die Jungen gar, die Mädels und Jungens, tanzen förmlich. Bei den Alten ein gewisser freundlicher Ernst, bei den Jungen aber Frohmüt, Lust, Lebensfreude. Und nun ein Zug von Männern und Jünglingen in Uniform. Mühen mit zwei orangefarbenen Streifen. Das sind Postbeamte, denen die Revolution die lang ersehnte Freiheit gegeben hat, auch nach aufhem offen und ehrlich zu bekennen, was so mancher im Herzen verborgen trug. Und weiterhin ein Zug Straßenbahner mit dem Berliner Bären an der Mütze. Bären wir herben Norddeutschen ein wenig beweglicher, wir würden dann gerade diese Beamtenzüge mit besonderem Jutur grüßen. Alles strömt auf dem ehemaligen Hippodrom im Tiergarten zwischen Stadtbahn und Technischer Hochschule zusammen. Aber immer neue Scharen kommen angezogen, immer neue Fahnen ziehen ihnen zu Häupten. Gewaltig rütteln die Stimmen der Sprecher an den Herzen und Hirnen der Massen. Die Not der Zeit, die herauswächst aus dem maßlosen Egoismus der Besitzenden und dem Blutdurst ihrer faschistischen Kreaturen, wuchtet schmerzlos auf die Häupter der Versammelten. Und die Mahnung, nicht zu verzweifeln, sondern enger und dichter die Reihen zu schließen, auf die eigene Kraft und Bodsamkeit zu vertrauen und in der Stunde der Gefahr bereit zu sein, das Leben für die Freiheit einzusetzen, findet immer wieder brausen den Beifall. Die Internationale erklingt. Alle Häupter entschlossen sich, alles stagt mit. Um 12 Uhr war die Feier beendet. Dreiviertel Stunden dauerte es, bis die letzten Züge verschwunden, bis in der Ferne die letzten roten Wimpel verschwommen, die letzten Marschrhythmen verklungen waren. Aber da brauste schließlich noch über den Kurfürstendam ein fröhlicher lauter Zug Arbeiterabfahrer. Dann war es vorbei. Und wer sich ein wenig auf Gebäuden und Physiognomien versteht, der merkte deutlich ein Aufatmen der W.B.-Menschen. Gott sei Dank, daß es mal wieder vorbei war! Der Asphalt war frei, die Chauffeure der Privatautomobile beherrschten wieder den Plan. Nichts erinnerte an den Aufmarsch des Volkes und gab diesem Volk damit das beste Zeugnis für seine Disziplin. Nur ein hünenhafter schwarzhaariger Russe mit einer zarten Frau und einem kleinen Kind standen noch allein und erinnerten die Vorübergehenden in irgend etwas unangenehm an das, was faeben gewesen. Denn jeder der drei hatte eine rote Kette an der Brust. ...

Von einem Teilnehmer an der Demonstration im Hippodrom wird uns geschrieben: Es wirkte befremdend, daß unter den eischen hundert roten Fahnen nicht eine einzige schwarzrotgoldene zu sehen war. Diejenigen, die dafür gefogt haben, daß es so kam, und die, die sich das haben einreden lassen, daß es nötig war, sollten doch nicht vergessen, daß die große Freiheit der Straße, die sie genossen, nur unter der Republik möglich ist, und es sollte in allen sozialistischen Kreisen, mögen sie noch so international sein, gute Sitze werden, der deutschen Republik das Mitführen ihres Hoheitszeichens die für jeden Republikaner ganz selbstverständliche Ehrgung zu erweisen. Wenn die Arbeiter und Proletarier es nicht mehr tun wollen, wer soll es denn tun?

Im Hippodrom sprach der K.P.D.-Kaspar. Er hielt sich anfangs an die von dem K.P.D.-Bund und der Gewerkschaftskommission zum 1. Mai erlassene und auch im „Vorwärts“ veröffentlichte Proklamation und zeichnet dann mit eindringlichen Worten die große Gefahr, die der Achtstundentag durch das neue Arbeitszeitgesetz drohe. Ferner drohe die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft. Halle sie, so werde der größte Teil der Bevölkerung namenlos dem Elend überantwortet. Nur die Sammlung aller Kräfte des Proletariats zu geschlossenen Organisationen und Kampfverbänden könne überhaupt noch die Gefahr des Faschismus bannen.

Demonstration zu Wasser.

Die Arbeiterbrüder veranstalteten eine eigene Maifeier. Schon in früher Morgenstunde herrschte in den Bootshäusern des freien Ruderbundes, trotz des trüben Wetters und des böigen Windes, die eine Maifahrt nicht verlockend erscheinen ließen, reges Leben. Die Boote wurden von ihren Sänden heruntergehoben und im Freien klar gemacht. Viele wurden in diesem Jahre zu ihrer ersten Fahrt gestiftet. Ein Boot nach dem anderen tauchte ins Wasser um abab, von einer hurtigen Mannschaft mit kräftigen Ruderschlägen spreaufwärts dahinschießen. Vom Einsker bis zu den stolzen Achtern und Bierern fuhr sie vorbei an den großen Fabriken, die sich in den letzten Jahrzehnten an den Ufern der Spree eingemistet haben. Überall ruht die Arbeit. Nur hier und da sieht man Arbeiter, denen der 1. Mai kein Feiertag ist, die noch nicht begriffen haben, daß es auch eines äußeren Zeichens bedarf, um den Willen der Arbeitenden zu bekräften. Unter großen Brücken, die ihre eisernen Rehe von Ufer zu Ufer spannen, hindurch, an Willen vorbei, die in beschaulicher Ruhe liegen, führt die rote Fahrt. Bald kommen Köpenicks Türme in Sicht. Eine Steinbrücke wird durchfahren, links liegt eine riesige Fabrik, die sich recht und beugt. Neue Bauten, die ein Riesenschornstein überragt, geben Kunde davon. Ein Schlepptzug müht sich trotz, fast widerwillig durch die unruhig schlagenden Wellen der Spree, in der die Strömung mit dem Winde kämpft. Gartenrestaurants wechseln mit Bootshäusern und Werften, die alle in beschaulicher Ruhe liegen. Denn endlich ist der Sammelpunkt erreicht. Boot auf Boot legt beim Rüggeischlöchen neben der Fährstelle an, wird auf Band gezogen und bald sind mehr als 100 Fahrzeuge vereint.

...stig wehen die roten Fahnen, die außer den Zeichen der Vereine von den Booten geführt werden. Man lagert im Walde, Arbeiterlieder tönen in den Mänteln. Die Festrede des Genossen Sommerfeld wird mit Begeisterung aufgenommen, hell schallt die Internationale über das Wasser. Am Spätnachmittag ziehen die Arbeiterlieder mit ihren Booten im geschlossenen Geschwader wieder heimwärts. Eine Maidemonstration auf dem Wasser.

Die Nachmittags- und Abendfeiern.

Die Veranstaltungen der Partei fanden in Berlin und dort am Nachmittag und Abend statt. Weist begaben die Teilnehmer sich in geschlossenen Zügen mit Musik und wehenden Fahnen zu den Festlokalen. Zeitweise schien Regen zu drohen, aber er blieb aus, so daß langer Aufenthalt in den Gärten möglich war. Ueber die Forderungen des 1. Mai sprachen eine große Zahl Redner der Partei, darunter Bernheim, Bohm-Schuch, Braß, Breitscheid, Crispian, Heimg, Ad. Hoffmann, Kreuziger, Rünfeler, Best, Rohmann, Lüdemann, Rob. Schmidt und viele andere. Konzert von Musikkapellen und Sängerkörnern, Turnerei und Reigen sorgten für Unterhaltung.

Liebe Gäste konnten die Berliner Buchdrucker bei ihrer Maifeier in den Kammerräumen begrüßen: den tschechischen Buchdrucker-Verband „Typographia“ aus Prag.

Köpenick-Friedrichshagen.

Die Maifeierversammlung für beide Orte, gemeinschaftlich durch die Gewerkschaftskommission 16 veranstaltet, erfreut, wie uns mitgeteilt wird, durch das Verhalten der Köpenicker Kommunisten unter Leitung des berüchtigten U. Rebe eine bedauerliche Störung. Nachdem der Zug der Köpenicker Arbeiterschaft unter Assistenz der Genossen vom Arbeitsauschutz das für die gemeinsame Versammlung der Köpenicker und Friedrichshagener Arbeiterschaft bestimmte Lokal „Welt-Restaurant“ Hirschgarten erreicht hatte, versuchte die örtliche Parteileitung der K.P.D., an der Spitze der geteilten Rebe, das Bureau zu besetzen und die Versammlung zu einer kommunistischen Maidemonstration zu machen. Unsere Genossen, die sich dem abmachungsgemäß widersetzen, wurden insuliert und besonders die Genossen Weinschild und Woid lässlich angegriffen. In dieser Situation forderte Genosse Otto Ridel als stellvertretender Obmann der Gewerkschaftskommission die Gewerkschaftsmitglieder, sich in den hinteren Garten zu begeben, wo die anberaumte Maifeierversammlung mit dem Refektor des Genossen Dr. Mann abgehalten würde. Der inzwischen eingetroffene Demonstrationzug der Friedrichshagener Arbeiterschaft fand die geänderte Situation bereits vor und nahm das eindrucksvolle Refektor des Genossen Dr. Mann ein. Nachdem der Männergesangsverein Köpenick und „Eintracht“ Friedrichshagen durch Gesang die trotz der Provokation der K.P.D. würdig verlaufene Versammlung geschlossen, formierte sich der Zug zum Abmarsch und zog an den bloßgestellten „Einheitsfrontlern“ vorbei nach der Stadt, wo er sich am „Stadtpark“ bestimmungsgemäß auflöste.

Kanfenburg - Karow - Buchholz.

Die Genossen von Blankenburg, Karow und Buchholz zogen um 10 1/2 Uhr nach dem Platz vor der Kirche, wo Genosse Dr. Witte die Festrede hielt. Er führte u. a. folgendes aus: Nicht der dauernde Völkerruhe, sondern der Völkerruhe sei ein Traum, aus dem nach dem Weltkrieg mit seinen Millionenopfern alle erwacht sein sollten. Es sei natürlich, daß jemand, der zur Ermordung eines einzelnen Menschen auffoderte, mit Zuchthaus bestraft würde, unnatürlich aber, daß der, welcher zum Kriege, also zur Ermordung von Millionen hege, als großer „Patriot“ gepriesen würde. Männer wie Treitschke, der Jahrzehnte lang an der Berliner Universität Geschichtsprofessor gewesen sei, hätten durch ihre militaristische Geschichtsauffassung die Seele der deutschen Jugend vergiftet. Witte sagte, daß er als Lehrer des Französischen und des Englischen, der die Literatur und das Geistesleben Frankreichs und Englands studiert habe, der selbst in den beiden Ländern sich aufgehalten habe und Lehrer an einer französischen Schule gewesen sei, am 1. Mai sich verpflichtet fühle mit allem Nachdruck zu fordern, daß endlich der Verfassung gemäß der Unterricht im Geiste der Völkerverständigung gegeben werde. Es sei beschämend, daß pazifistische Lehrern oft von Schulleitern und Schülern Schwierigkeiten bereitet würden, während den Militaristen und Revanchepolitikern von den Schulbehörden kein Haar gekrümmt würde. Um aus den finanziellen Schwierigkeiten herauszukommen und das Geld für die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen zu beschaffen, müßte die Hälfte aller Vermögen konfisziert werden. Dies Opfer wäre sehr gering. Denn den Arbeitern, Witwen und Waisen, die ihr Geld auf der Sparkasse angelegt hätten, wären infolge der Geldentwertung weit mehr als 99 Proz. ihrer Ersparnisse konfisziert worden. Die Rede wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Treptow - Oberfähnenweide.

Die Maidemonstration des 15. Verwaltungsbezirks gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung. Die Arbeiter in den Betrieben wurde fast restlos durchgezogen. Die Angehörigen konnten nicht begreifen, daß der 1. Mai der Feiertag des Proletariats ist. Nach Antritt des Demonstrationzuges, in dem etwa 15 000 Proletarier marschierten, auf dem Marktplatz in Oberfähnenweide brachte der Volkshor „Südsüd“ stimmungsvoll das „Maienlied“ zum Vortrag. Urich vom Metallarbeiterverband legte die Forderungen, für die die Arbeiterklasse am 1. Mai demonstriert, dar. Nach Vortrag eines weiteren Liedes und nachdem Bombe auf die internationale Arbeiterbewegung ein Hoch ausgebracht hatte, endete die Veranstaltung mit dem gemeinsamen Gesang der Internationale unter Begleitung des Arbeitermusikvereins „Frischluft“ und des Adlershofer Musikvereins.

In Bayern.

Abgesagter Hilerputsch in München.

München, 1. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Unter Beteiligung von mindestens 50 000 Personen unter dem Schutze der Sicherheitsabteilungen ist die Maifeier in München vollkommen piangemäß und eindrucksvoll verlaufen. Während der Feier waren in der Nähe der Bionierkaserne ungefähr 2000 Nationalsozialisten, vollkommen militärisch ausgerüstet, in Uniform, Stahlhelm, mit Seitengewehr, Infanteriegewehr, Minenwerfer und Maschinengewehr versammelt. Diese Abteilung, die sich bereits am Montag, abends 7 Uhr, versammelt hatte, wurde heute früh vor Beginn der Aufstellung der einzelnen Maifeierzüge von der Reichswehr und Landespolizei mit Panzerwagen in Schach gehalten. Nach Schluß der Maifeier zogen kleinere Truppen von Maifeierteilnehmern, darunter auch Frauen und Kinder, durch die von der Polizei genehmigten Straßen nach ihren Wohnungen. In dem Stadtteil Schwabing wurde einer dieser kleinen Züge, in dem die deutsche Reichsflagge mitgetragen wurde, von antirevolutionären Nationalsozialisten in militärischer Ausrüstung überfallen und mit Gummiknüppeln verprügelt. Ferner wurde auf die Zugteilnehmer geschossen. Ob Verletzungen vorgekommen sind, konnte bisher nicht festgestellt werden. Zwei Zugteilnehmer wurden von den Nationalsozialisten, trotzdem die Landespolizei mit Panzerwagen unmittelbar daneben stand, gefesselt und mit gebundenen Händen neben einem Personauto der Nationalsozialisten durch die Ludwigsstraße stadteinwärts geführt. Die Reichsflagge ist von den Nationalsozialisten und Angehörigen der Organisations Oberland, Blücher und Hofbach auf freier Straße verbrannt worden. An der Ludwigsstraße ereignete sich ein weiterer Lieberfall, wo wiederum Sozialisten mißhandelt wurden. Zur Stunde (nachmittags 6 Uhr) sind Landtag, Telegraphenamt und Telephonamt von der Landespolizei besetzt. Panzerwagen der Landespolizei fahren durch die Straßen. Truppen von Nationalsozialisten in Stahlhelmen und mit Gewehren ziehen durch die Straßen und sammeln sich auf verschiedenen Plätzen. Auch Lastautos mit Nationalsozialisten fahren durch die Stadt. Auf den Abend ist eine große Versammlung der bewaffneten Nationalsozialisten angelegt. Auf

1 Uhr früh soll die Besetzung Münchens durch die Nationalsozialisten und einige Vaterländische Kampfbünde beschlossen worden sein. Das Gewerkschaftshaus und die „Münchener Post“ sind durch Sicherheitsabteilungen der Sozialdemokratischen Partei besetzt. Eine Anzahl Vaterländischer Verbände hat die Teilnahme an dem zweifellos von Hitler ausgehenden Plan, München zu besetzen und die Nebenregierung v. Knilling zu beseitigen, abgelehnt.

München, 2. Mai, morgens 8 Uhr. (Eigener Drahtbericht.) Die Nacht ist ruhig verlaufen, der Putsch ist bisher unterblieben.

München, 1. Mai, mittags. (Eigener Drahtbericht.) Auch am heutigen Vormittag ist es zu weiteren Ausschreitungen der Hitler-Garden nicht gekommen.

Ein Todesopfer.

München, 1. Mai. (Mit.) In Ristfeld kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten, die von einer Uebung heimtamen, und sozialdemokratischen Arbeitern. Dabei wurde von einem Nationalsozialisten ein Schuh abgegeben, der einen Eisenbahner traf. Der Verletzte starb auf dem Transport nach dem Krankenhaus Ristfeld.

Regensburg, 1. Mai. (Ill.) In Schwandorf kam es zwischen Anhängern der Organisation „Reichsflagge“ und linksstehenden Bauern zu Tätlichkeiten, wobei der Reichsflagge erschossen wurde. Der Täter Diemeier gehört der „Reichsflagge“ an. Er hatte den Schuh blindlings abgegeben. Es kam bis in den frühen Abend hinein zu Menschenansammlungen vor dem Amtsgerichtgefängnis, in dem Diemeier inhaftiert ist. Landespolizei ist in Schwandorf eingetroffen.

Im besetzten Gebiet.

Essen, 1. Mai. (Mit.) Die von den Freien Gewerkschaften im Ruhrgebiet veranstalteten Maifeiern der Arbeiterschaft verliefen, soweit bekannt, ruhig und ohne Zwischenfall. In Essen fand heute morgen eine gewaltige Massen demonstration statt, an der sich mehrere hunderttausend Männer und Frauen beteiligten. Auf zahlreichen Schilern, die neben den Fahnen im Zuge mitgeführt wurden, forderten die demonstrierenden Massen der Ruhrarbeiterschaft Freiheit, Recht und Völkerverständigung. Die französischen Truppen mieden die Straßen. Lediglich französische Militärflugzeuge beobachteten die Züge der Massen und warfen Propaganda-Flugblätter herab. Die Ordnung im Zuge und auf den Straßen wurde durch freiwillige Ordner der Gewerkschaften aufrechterhalten. Um die Mittagsstunden waren die Kundgebungen beendet. Auch in den übrigen Großstädten des Ruhrreviers fanden gleichartige Kundgebungen und Umzüge statt.

Köln, 1. Mai. (Mit.) Auch hier fand die Maifeier unter großer Beteiligung statt. Drei lange Züge bewegten sich aus dem Norden und Süden der Stadt wie aus dem rechtsrheinischen Gebiet unter Musikbegleitung zum Neumarkt, wo von neun Tribünen aus Reden über die Bedeutung des 1. Mai gehalten wurden. Es wurde eine Entschiedenheit angenommen, in der es heißt: Die rheinische Arbeiterschaft bleibt auch in diesem Augenblick treu und fest im Bunde mit den demokratischen Sozialisten der ganzen Welt in dem Bewußtsein, daß die arbeitende Bevölkerung der anderen Länder einig mit ihr in dem entschlossenen Abwehrwillen gegen die imperialistischen Bestrebungen ist. Der rheinische Klassenbewußte Proletarier erneuert in dieser Stunde höchste Nachbestrebungen des französischen und belgischen Militarismus das Befreiungsrecht der deutschen Republik. Der politische Konflikt kann nicht beigelegt werden unter Preisgabe auch nur einer Fußbreite deutschen Landes.

Bodum, 1. Mai. (Ill.) Die Maifeier verlief hier bis zum Mittag ohne Zwischenfälle. Die Franzosen verhielten sich dem Demonstrationzug gegenüber völlig passiv. Neu an dem bekannten Bild des Aufmarsches war eine Anzahl französischer Schilber, wie z. B. „à bas le militarisme“ usw.

Die Demonstrationen im Reich sind nach den uns zugegangenen drahtlichen Mitteilungen unter großer Beteiligung ungehindert verlaufen.

Riesenkundgebung in Wien.

Wien, 1. Mai. (Mit.) Die Wiener sozialistische Arbeiterschaft beging heute die Maifeier durch einen Aufmarsch über die Ringstraße nach dem Rathaus, vor dem 15 Redner, darunter der Präsident der Nationalversammlung Seitz und mehrere Nationalräte Ansprachen hielten, bei denen sie auch der Weiden der Volksgenossen im Ruhrgebiet gedachten. Die Maifeier, an der etwa 250 000 Personen teilnahmen, verlief in voller Ordnung. Auch nachher ereignete sich kein wesentlicher Zwischenfall.

Wien, 1. Mai. (Mit.) Gestern abend fand in einem Borort eine nationalsozialistische Versammlung statt. Während die Versammlung selbst ungehindert verlief, kam es in der Umgebung des Versammlungsortes bis spät nachts zu wiederholten Zusammenstößen zwischen Gegnern der Nationalsozialisten und der in bedeutendem Umfange ausgebauten Polizei. Als die Polizei mit Steinen beworfen wurde und auch einige Schüsse fielen, machte sie, beim Ausinandertreiben der Demonstranten, von ihren Säbeln Gebrauch. Acht Sicherheitsbeamte wurden durch Steinwürfe verletzt, mehrere Demonstranten wurden verhaftet.

Maiprotest der französischen Arbeiter.

Paris, 1. Mai. (Mit.) Nach den bisher vorliegenden Nachrichten ist die Maifeier in Frankreich in der üblichen Weise begangen worden. In den Bergwerksbezirken feierten etwa 75 Proz. der Bergarbeiter, und auch aus den Hafenstädten wird von starken Arbeitsbeeinträchtigungen berichtet. In Paris feierte der größte Teil der Arbeiterschaft. Wie Havas meldet, fanden am Nachmittag überall Massenversammlungen und Kundgebungen statt, die sich gegen die Leuerung, gegen die innere Reaktion, gegen den Militarismus und die Ruhrbesetzung richteten.

Paris, 1. Mai. (CP.) In Paris hatten die Straßenbahnen und Omnibusse ab drei Uhr für 10 Minuten den Betrieb eingestellt, um die Sympathie für die Maifeier zu bekunden. Gleichwohl zählte man unter dem Personal auch einige Streikende, die aber durch Freiwillige ersetzt wurden. Durch die Ungeschicklichkeit eines solchen Freiwilligen fuhr ein Omnibus auf das Trottoir und rannte in ein Café, wobei eine Person getötet und 6 verletzt wurden, darunter eine lebensgefährlich. Die Taxameterfahrer hatten die Arbeit vollständig niedergellegt. In Paris fanden keine Streifenkundgebungen statt, wohl aber zahlreiche geschlossene Versammlungen. In den Bororten dagegen wurden zahlreiche Versammlungen unter freiem Himmel abgehalten, die ohne Zwischenfall verliefen. In der Provinz war die Physiognomie der Maifeier ungefähr die gleiche wie in Paris. Dagegen herrschte in den meisten Städten eine ausgedehntere Arbeitsniederlegung als in Paris.

Polizei gegen Arbeiter.

Paris, 2. Mai. (Ill.) Dem „Zeit Journal“ zufolge kam es gestern nachmittags zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und Manifestanten, die, in zwei Zügen geordnet, ihr Versammlungslokal verlassen wollten. Die Polizei drängte sie vom Wege ab. Dabei wurde ein Polizeigent durch Dolchstoß verletzt. Bei dem darauf folgenden Angriff der Agenten auf die Streikenden wurden ungefähr 50 Personen zum größten Teil am Kopf verwundet. Fast zur gleichen Zeit ereignete sich in einer anderen Straße ein Zusammenstoß, wobei jedoch nur ein Kind verletzt worden ist. Wie mitgeteilt wird, wurde bei der Manifestation der kommunistische Stadtverordnete Carbery verwundet.

Paris, 2. Mai. (CP.) Am Abend kam es mehrfach zu Zusammenstößen. Hierbei wurden 61 Polizisten verletzt, darunter mehrere schwer. Es wurden 14 Verhaftungen vorgenommen.

Englische Maikundgebung.

Gegen Versailles — für das Ruhrproletariat.

London, 1. Mai. (Mit.) Der 1. Mai hat in London und in anderen Teilen Englands einen ruhigen Verlauf genommen. In der Grafschaft Durham haben 200 000 Bergarbeiter gefeiert. In London hielten die Arbeiter mit Musikkapellen und Fahnen ihren üblichen Umzug ab, der von den Themenfusen bis zum Hydepark führte. Mehrere geschmückte Wagen fuhren im Zuge mit, die mit Kindern der sozialistischen Sonntagschule gefüllt und mit roten Fahnen geschmückt waren. Im Hydepark wurden von 9 Rednern von Tribünen aus Ansprachen gehalten, worauf eine Resolution zur Annahme gehalten, worauf eine Resolution zur Annahme gelangte, die die Regierung auffordert, auf den Versailler Vertrag zu verzichten, die russische Sowjetregierung anzuerkennen und die Zurückziehung der japanischen Truppen von der russischen Insel Sachalin zu fordern, ferner der Sympathie mit den deutschen Arbeitern im Ruhrgebiet Ausdruck zu geben.

Wo die Maifeier verboten ist.

Paris, 2. Mai. (CP.) In Mailand versuchten die Kommunisten die Eisenbahner zur Einstellung der Arbeit zu bewegen. Die Nationalmiliz „muss“ eingreifen, die Kommunisten hielten zwei Tote und mehrere Verwundete. In Neapel explodierten auf dem Straßenbahnhof zwei Bomben, durch die drei Personen verletzt wurden. Heftige Zwischenfälle ereigneten sich auch in Madrid, wobei ein Polizeikommissar und zwei Arbeiter verletzt wurden. In Tokio kam es zwischen Demonstranten und der Polizei zu heftigen Zusammenstößen, wobei eine große Anzahl von Arbeitern verwundet wurde. Mehrere hundert Verhaftungen wurden vorgenommen.

Rom, 1. Mai. (Mit.) Im Ministerrat hob Ministerpräsident Mussolini hervor, daß der 1. Mai in fast allen Städten ruhig verlaufen sei. Die Arbeiter hätten gearbeitet und die öffentlichen Verkehrsmittel wären vollständig im Betrieb gewesen.

Arbeitsruhe trotz Gorthyskurs.

Budapest, 1. Mai. (Mit.) Der 1. Mai ist hier in vollster Ordnung verlaufen. Die Arbeiter haben in diesem Jahre bloß die Arbeit ruhen lassen und keinerlei Versammlungen (!) abgehalten. Da auch die Zeitungsseher nicht arbeiten, werden die Zeitungen erst am 2. Mai mittags wieder erscheinen.

Mai-Umruhen in Polen.

Warschau, 1. Mai. (Ill.) Die heutigen Umzüge und Versammlungen der Sozialdemokraten verliefen im allgemeinen ruhig. Kommunisten hatten versucht, eine sozialdemokratische Versammlung zu sprengen. Die Polizei schritt mit blanke Weise ein. Hierbei gab es einige Verwundete.

Warschau, 1. Mai. (Polsk. Teleg. Ag.) Hier wurde eine große Niederlage kommunistischer Druckschriften entdeckt. 40 Verhaftungen wurden vorgenommen (nach dem Dsejpreß 60 Verhaftungen, darunter eine Anzahl Staatsangestellter).

Gleiwitz, 2. Mai. (Ill.) Die sozialdemokratischen Matuzüge verliefen, soweit bis jetzt bekannt, überall ruhig. Auch in Rattowitz.

Wirtschaft

Der Aufschwung in Nordamerika.

Die letzte Hälfte des Jahres 1922 zeigte in den Vereinigten Staaten eine fortwährende Besserung der industriellen Entwicklung, die in den ersten Monaten von 1923 noch deutlicher hervortrat.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die wachsende Aktivität der für den Inlandsmarkt arbeitenden Industrie im Jahre 1922.

Indeziffern des Beschäftigungsgrades aus Grund des Durchschnittes von 1919 = 100.

	Landwirtschaft	Bergbau	Industrielle Produktion
Juli	79,8	65,4	95,8
August	100,7	67,5	104,6
September	128,8	99,9	100,8
Oktober	154,2	118,5	107,5
November	157,9	120,1	109,4
Dezember	121,8	124,5	99,8

Als Beweis für die wachsende industrielle Aktivität dürfte ein Bericht der „New York Federal Reserve Bank“ gelten, der über die von 122 industriellen Unternehmen im Jahre 1922 gemachten Profite Aufschluß gibt. Aus diesem Bericht geht nämlich hervor, daß sich diese Profite von 136 328 000 Dollar im Jahre 1921 auf 394 816 000 Dollar im Jahre 1922 erhöht haben.

Schon im Jahre 1922 hatte der Stahltrust den Arbeitern eine 20prozentige Lohnerhöhung kampflos zugestanden und damit jede dahingehende gewerkschaftliche Agitation unter den Arbeitern seiner Unternehmungen von vornherein unterbunden. Nun hat der Stahltrust neuerdings eine 11prozentige Erhöhung angekündigt. Damit dürften auch die konkurrierenden Gesellschaften zu einer Erhöhung genötigt sein, zumal sie befürchten müssen, daß sich demnächst in der Stahlindustrie Mangel an Arbeitskräften fühlbar machen wird.

Dieses Ansteigen der Löhne sprüht sich auch in dem Ziffernmaterial einer vom Arbeitsdepartement der Vereinigten Staaten zwischen dem 15. Dezember 1922 und dem 15. Januar 1923 veranstalteten Enquête aus, wonach in 243 industriellen Unternehmungen 2 bis 25prozentige Lohnerhöhungen vorgenommen worden sind. 70 Proz. der Erhöhungen entfielen auf das Baugewerbe, auf die Eisen- und Stahlindustrie, die Bierereien und die Metallindustrie im allgemeinen.

Weiteres Material über diesen Gegenstand bringt der Bericht des National Industrial Conference Board. Seine Enquête umfaßte 600 000 Arbeiter aus 23 Industrien. Der durchschnittliche Stundenlohn, der im Juli 1922 48,4 Cent betrug, war im Dezember 1922 auf 50,4 Cent gestiegen.

Auch in der Textilindustrie, die in den letzten Monaten der Schauplatz heftiger Lohnkämpfe war, ist diese Tendenz wahrzunehmen. Die „American Woolen Company“, eine der mächtigsten amerikanischen Textilfirmen, hat in allen ihren Spinnereien eine 12prozentige Lohnerhöhung durchgeföhrt.

Das Problem der Aus- und Einwanderung gewinnt in diesem Zusammenhang eine außerordentliche Bedeutung. Aus den agrarischen Landestellen macht sich eine Auswanderung der Rogerbevölkerung bemerkbar und zwar in einem Maße, daß in den ergebnen Gebieten erster Arbeitermangel fühlbar wird. Befürchtet wird seit einiger Zeit auch gegen die geschlichen Einschränkungsbestimmungen über die Einwanderung nach Amerika, wonach die Einwanderung fremder Arbeitskräfte einen bestimmten Prozentsatz nicht überschreiten darf, von industrieller Seite eine Kampagne geführt.

Das Ergebnis der großen Kämpfe der Bergarbeiter und Eisenbahner in der letzten Hälfte von 1922 zeigt sich heute mehr noch als vor einigen Monaten in seiner vollen Bedeutung. Der Widerstand der Bergarbeiter und der Eisenbahner gegen die angebotenen Lohnföhungen hat wie ein Warnungssignal gewirkt und diese beiden Arbeitergruppen haben damit zu einem großen Teil soziale Konflikte aus dem Weg geräumt, die gegen Ende 1922 auszubrechen drohten.